

## Öffentliche Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 12.11.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:35 Uhr  
**Ort, Raum:** Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

---

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 Ausschreibung der Stelle der/des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten 2020/675
    - 2.1 Ausschreibung der Stelle der/des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten 2020/675-001
  - 3 Vergnügungssteuererhebung nach dem 31.12.2020 2020/668
  - 4 Stärkung der Stadtteile; Antrag der CDU-Fraktion vom 1.10.2020 2020/653
  - 5 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: "In Not geratenen Kindern helfen - Zeichen der Nächstenliebe" 2020/671
    - 5.1 Antrag CDU-/SPD-Fraktionen: "In Not geratenen Menschen helfen - Willkommensstruktur in der Kreisstadt Merzig bestärken" 2020/671-001

6	Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohnen am Gesundheits-Campus im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Aufhebungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	2020/625
7	Tourismuskonzept Sport- und Freizeitpark "Der Saarpark"	2020/667
8	1. Teiländerung und Erweiterung des (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Verbrauchermarkt Pützwies“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf	2020/639
8.1	1. Teiländerung und Erweiterung des (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Verbrauchermarkt Pützwies“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf	2020/639-001
9	"Fahrradfahrer, Fußgänger und Umwelt schützen"; Antrag B90/Die Grünen vom 23.09.2020	2020/672
10	Zukünftige Nutzung des städtischen Waldes	
10.1	Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020	2020/617-001
10.1.1	Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag der CDU/SPD-Fraktionen vom 31.10.2020	2020/695
10.2	"Waldschutz statt Forstnutz"; Antrag B90/Die Grünen vom 18.09.2020	2020/655
10.3	"Ein Waldschutzgebiet für Merzig - Pilotprojekt für Walderleben und Biodiversität"; Antrag B90/Die Grünen vom 28.09.2020	2020/657
10.4	"Fürsorge für den Stadtwald"; Antrag B90/Die Grünen vom 06.10.2020	2020/659
10.5	Umsetzung der Maßnahmen aus den Aufgabenbereichen der Organisationsuntersuchung Forst	2020/658

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

---

### 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

---

### 2 Ausschreibung der Stelle der/des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten 2020/675 ungeändert beschlossen

---

#### 2.1 Ausschreibung der Stelle der/des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten 2020/675-001 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erklärt, dass die gewünschte Ergänzung im Ausschreibungstext „Erfahrung im Bereich Bauwesen“ vorgenommen worden sei.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt, die Meinung der Grünen-Fraktion zu dieser Stelle, die über lange Jahre den Zweck gehabt habe, die große Koalition im Rat und der Verwaltungsspitze zu zementieren, sei bekannt. An der damaligen Einstellung habe sich nichts geändert. Die Stadt sei eine sehr übersichtliche und kleine Stadt. Sie sei aber auch extrem verschuldet und die Möglichkeiten, in das Notwendigste für die Allgemeinheit zu investieren, tendierten zwischenzeitlich gegen Null. Man sehe es insbesondere am Zerfall des Bestandes. Bis auf neue Dinge, die durch Fördermittel des Landes oder des Bundes ermöglicht würden, sei überall Sparen angesagt, und Gebühren und Abgaben würden regelmäßig erhöht. Als man im letzten Jahr im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt einen Vorschlag gemacht habe, um die Themen Klimaschutz, Schutz der Biodiversität kompetent zu personalisieren, also exponiert direkt dem Bürgermeister zugeordnet, sei dieser Antrag mit Verweis auf den Sparzwang abgelehnt worden. Jetzt solle wieder Manna vom Himmel regnen? Die Stellenausschreibung werde wie beim letzten Mal damit begründet, dass man jemand Kompetentes für die Bereiche Stadtplanung, Bau und Umwelt benötige. Man habe doch in dem Bereich einen Amtsleiter, der dieses hervorragend ausfüllen könnte, wenn man ihm neue Möglichkeiten und Freiheiten lassen würde. Wenn dieser noch durch Kompetenzen im Bereich Klimaschutz und Umwelt unterstützt würde, wäre alles vorhanden, was notwendig ist. Man solle ihm aber auch einen kurzen Rückblick über die Zeit erlauben der hauptamtlichen, nicht des letzten, sondern der hauptamtlichen Beigeordneten. Im Bereich Stadtplanung habe sich seit langem nichts mehr bewegt. Wesentliche Planungen übernahmen in Merzig bekanntermaßen Bauherren und Investoren. Wozu dieses Bauen ohne Wertschätzen des Vorhandenen und ohne eine Gestaltungssatzung führte, sehe jeder, der sich durch Merzig bewege. Der Bereich Umwelt sei stillgelegt worden.

Auch das sehe man jeden Tag, wenn man z.B. durch den Stadtwald fahre. Man erkenne es aber auch an Aussagen der Verwaltungsspitze, die immer öfter empfehlende Kompetenzen anführe, und mit Unterstützung der großen Koalition Vertagungen von Anträgen der Opposition empfehle. Doch nicht alles sei negativ. Es sei seit Juli dieses Jahres etwas Erstaunliches geschehen, was er lobend erwähnen wolle. Man habe nicht gemerkt, dass ein zweiter Bürgermeister fehle. Herr Hoffeld und sein Team habe diese Lücke ohne Probleme ausgefüllt. Er behaupte, dass heute vieles besser laufe, als vorher. Zusammenfassend habe man genug Kompetenzen in der Verwaltung und für die Urlaubsvertretung habe man eine große Auswahl an Beigeordneten.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) betont, wie wichtig es sei, dass der Bürgermeister einen ständigen Stellvertreter habe. Man begrüße das ausdrücklich, dass die Stelle wieder ausgeschrieben werde. Dieter Ernst und Marcus Hoffeld seien ein sehr gutes Team gewesen, das die Stadt gut gemeinsam vorangebracht habe. Und man glaube, dass mit einer guten neuen Besetzung und mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit dies auch wieder gelingen könne.

Der Vorsitzende geht auf das Gesagte von Stadtratsmitglied Borger ein im Bereich Stadtplanung. Er glaube schon, im Gegensatz zu dem, was er geäußert habe, dass sich in den letzten Jahren durchaus einiges getan habe. Er wolle nur daran erinnern, was sich im direkten Umfeld des Rathauses in den letzten Jahren getan hat. Natürlich durch einen privaten Investor, aber auch durch Unterstützung der Stadt. Wenn man sehe, dass die Barmer sich dort niedergelassen habe, wenn man wisse – und das hätten alle Ratsmitglieder mit auf den Weg gebracht – dass sich dort auch in der Zukunft etwas tun werde, habe sich dort schon viel bewegt. Das wolle er an dieser Stelle auch sagen, dies sei auch durch die gute Zusammenarbeit mit Dieter Ernst möglich gewesen, der den Bereich sehr gut betreut habe. Wenn Herr Borger eben angesprochen habe, der Bereich Umwelt sei still gelegt, das gefalle der Stadt selbst auch nicht. Jeder wisse, dass man hier einen personellen Ausfall seit vielen Monaten habe. Der Bereich – und da sei er dem Stadtrat auch sehr dankbar – werde jetzt unterstützt. Man werde jemand Neues dafür einstellen, da der Bereich Umwelt sehr wichtig sei. Es stehe in der Stellenausschreibung klar drin, da dies auch weiterhin sehr wichtig sein wird.

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) knüpft an das Gesagte des Vorsitzenden an, dass sich die Stadt Merzig in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen nach vorne entwickelt habe. Man habe sich als Mittelzentrum hier an der Saar deutlich entwickelt. Das gehe nur mit einem guten Team. Auch dafür wolle er den Dank an den ehemaligen Beigeordneten weitergeben. Es sei im Hauptausschuss über die Stelle beraten worden. Der Oppositionspartei sei sehr wichtig gewesen, dass der Bereich Bauen mit abgedeckt werde. Das hätten alle im Hauptausschuss mitgetragen. Man sehe es heute an der veränderten Vorlage. Das sei auf Antrag einer Oppositionsperson erfolgt. Auch sei kundgetan worden, dass man den Bereich Umwelt stärken solle. Es sei angesprochen worden, da solle eine Person des höheren Dienstes, A13 oder A14, eingestellt werden. Man sehe den Bereich nun auch gestärkt. Die Verwaltung habe das hier Geforderte aufgenommen und habe eine Ausschreibung auf den Bereich Umwelt sehr deutlich dargestellt. Auch diesbezüglich seien die Parteien auf die Opposition zugekommen. Man sei als Fraktion grundsätzlich für die Unterstützung des Bürgermeisters und die Beibehaltung der Stelle. Man werde abwarten, wie die Bewerbungslage sei. Man habe ja noch einige Monate Zeit. Man werde dann im nächsten Jahr entscheiden, wie die Stelle besetzt werde. Man sei dann auch froh, wenn man Bewerberinnen oder Bewerber finde, die die beiden Forderungen der Oppositionspartei auch abbilden würden. Bauen und Umwelt seien zwei Punkte, die auch der CDU-Fraktion sehr wichtig seien.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) sei gegen die Besetzung eines hauptamtlichen Beigeordneten für die Stadt Merzig. Er habe eine langjährige Erfahrung, sei seit 2009 in Merzig aktiv und habe vorher fast regelmäßig die Stadtratssitzungen besucht. Er habe dabei innerhalb der Stadt und innerhalb der Stadtteile sehr viele bauliche Schwachstellen erkennen müssen, die einer Qualitätsführung der Hauptstelle hier nicht gerecht geworden seien. Die Vergan-

genheit bzw. Coronazeit habe ja gezeigt, dass ohne einen hauptamtlichen Beigeordneten die Verwaltung exakt und gut gelaufen sei. Dafür danke er dem Vorsitzenden. Die Notwendigkeit sei daher gegeben gewesen, das Wort „Bauwesen“ in der Ausschreibung hinzuzufügen. Es sei wünschenswert, dass die Besetzung des Bauamtes von einem Umwelt- und einem Tiefbauingenieur erfolge. Damit die Bauwerke, die in Zukunft in der Stadt gebaut werden müssten, die neue Eisenbahnunterführung, Betriebsgebäude usw., und die laufenden Bauvorhaben, jetzt im Kern hier angestoßen werden könnten. Deshalb sollten die Stellen so besetzt werden und die Stelle des hauptamtlichen Beigeordneten nicht mehr in der Form finanziell besetzt werden.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) ergänzt, man brauche mehr Indianer und weniger Häuptlinge für einen funktionierenden Apparat.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/ FDP) erklärt, man finde, dass es zumindest derzeit nicht der richtige Zeitpunkt sei, eine so hoch dotierte Stelle neu zu besetzen. Da die Einnahmen in die Stadtkasse nicht so fließen, wie man sich das wünsche. Zudem habe man große Aufgaben vor sich, er denke da nur mal an den Baubetriebshof und sonstige Projekte. Was ihn aber auch störe, sei die, wie er vermute, politische Komponente dieser Angelegenheit.

**Beschluss:**

Die Stelle der/des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten wird im Amtlichen Mitteilungsblatt Neues aus Merzig und in der Saarländische Ausgabe der Saarbrücker Zeitung ausgeschrieben. Als Geschäftsbereich wird das Ressort 30 Stadtentwicklung, Bauwesen und Umwelt zugewiesen. Die Besoldung wird nach der Besoldungsgruppe A 15 und die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung auf 170 € festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	3	2

**3 Vergnügungssteuererhebung nach dem 31.12.2020**

**2020/668**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Die Kreisstadt Merzig wird auch nach dem 31.12.2020 nach mit den derzeit geltenden Bestimmungen vergleichbaren Regelungen Vergnügungssteuern erheben. Die Verwaltung wird deshalb mit der Erarbeitung des Entwurfs einer neuen Vergnügungssteuersatzung beauftragt, die der Stadtrat der Kreisstadt Merzig möglichst zeitnah beschließen wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	0

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) führt aus, man habe bereits in der letzten Legislaturperiode einige Dinge nach vorne gebracht, um die Stadtteile weiter zu entwickeln, hier sei beispielhaft das Sechs-Säulen-Modell genannt. Beim letzten Mal habe man über Sanierungsgebiete gesprochen, dass man etwas für die Dorfkernue tue. Man müsse diese Projekte auch ernst nehmen. Deshalb habe man als CDU-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt, dass man die Merziger Dörfer und Stadtteile auch mit einem weiteren Projekt unterstützen wolle. Man sehe vor, dass man in den drei nächsten Haushaltsjahren jeweils 50.000 Euro in den städtischen Haushalt einstellen wolle, um damit kleine Projekte in den Stadt- und Ortsteilen zu fördern. Man mache das, weil man öfter in der Zeitung lese, dass die Ministerien Förderprogramme auflegten, in denen 90, 80 oder 70% Zuschuss angeboten werden. Das animiere die engagierten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher Projekte anzugehen. Aber wenn es dann zum Schwur komme und der Zuschussgeber sage, er wolle von der Stadt, von der Kommune einen Eigenanteil haben, stünden diese Eigenmittel natürlich nicht im Haushalt. Deshalb wolle man proaktiv vorgehen, man wolle zur Förderung der Stadtteile, sei es mit oder ohne Zuschüsse, Mittel in den Haushalt einstellen. Kleinere Projekte im Bereich der Infrastruktur sollten so entwickelt werden in den Ortschaften, mit den Ortsräten, mit der Bürgerschaft könnten viele Ideen eingebracht werden. Man wolle das nicht reduzieren, indem man sage, man wolle nur dieses oder jenes. Wichtig sei der CDU-Fraktion, dass man Lebensqualität schaffe, also nicht z.B. eine neue Bestuhlung irgendwo organisiere, sondern Lebensqualität in den Ortsteilen. Die Fraktion sei der festen Überzeugung, dass man viele Ideen so sammeln könne. Man wolle damit auch einen kleinen Wettbewerb initiieren unter den Stadtteilen. Man wolle auch die Ideen weitergeben, so dass man gegenseitig davon profitieren könne. Vielleicht könne man eine Idee, die in Dorf A gut war, auch in Dorf B umsetzen. Dazu wolle man die Möglichkeiten schaffen. Man habe sich im Hauptausschuss darüber ausgetauscht. Die Fraktion sei nicht mit starren Anträgen gekommen, man habe dies sehr gerne zur Diskussion gestellt, wie man mit diesen Mitteln umgehen könne. Gemeinsam sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Stadtteile Ideen sammeln und diese bis zum Ablauf des ersten Quartals eines Jahres einbringen könnten. Dann sollten diese Ideen in den Hauptausschuss kommen. Dann sehe man, welche Ideen machbar seien. Habe man in dem einen Jahr ausreichend Mittel, so müsse man vielleicht eine Gewichtung vornehmen. Wichtig sei aber, dass etwas getan werde für die Stadtteile. Denn die Dörfer seien lebenswert und man wolle sie auch lebenswert erhalten. Er sei für die CDU-Fraktion dankbar, dass man im Hauptausschuss bis auf eine Enthaltung einstimmige Zustimmung gefunden habe. Er würde sich freuen, wenn man mit einem Projekt für die Bürgerinnen und Bürger hier im Stadtrat ein deutliches Zeichen setzen und ein einstimmiges Ergebnis vorweisen könne. Damit man zeigen könne, man nehme die Anliegen der Dörfer und Stadtteile wahr.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) bestätigt, der Antrag der CDU-Fraktion gehe in die richtige Richtung – Stärkung der Dörfer. Das sei auch genau der Ansatz der SPD-Fraktion. Deshalb stimme man dem Antrag zu, also dem Einstellen von 150.000 Euro in drei Haushaltsjahren, beginnend 2021. Damit setze man ein positives Zeichen im Rahmen des gemeinsamen Stadtentwicklungskonzeptes, unter anderem um die Dorfkernue zu stärken und attraktiver zu gestalten. Das sei einer der Hauptpunkte des Stadtentwicklungskonzeptes. Natürlich seien 50.000 Euro im Jahr für alle Stadtteile keine große Summe. Aber darum ginge es im Ansatz nicht. Es solle ein Anreiz sein für die Ortsräte, in den Dörfern Ideen zu entwickeln und mithilfe von Zuschussprogrammen Anträge zu stellen mit Unterstützung der Stadt. Es sei also auch sehr wichtig, um die Zuschussanträge zu bearbeiten. Wenn man die Gelder in den städtischen Haushalt einstelle, sollte man in enger Abstimmung mit den Ortsräten mögliche Projekte und Anträge mit Unterstützung der Fachabteilungen der Stadtverwaltung besprechen. Die Kriterien für diese Vergabe von Zuschüssen müssten noch gemeinsam besprochen und festgelegt werden. Da werde es noch einige Stolpersteine geben. Konsensfähigkeit und parteiübergreifende Bewertung seien hier sicher von großem Nutzen. Der SPD-Fraktion

sei es ebenfalls wichtig, dass in dem Antrag heute die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher einen größeren Entscheidungsspielraum erhalten für den Einsatz von bezahlten Teilzeitkräften in ihren Dörfern. Was nicht passieren dürfe, sei, dass man bei der Zustimmung oder Ablehnung von Zuschussanträgen eine Neiddebatte erzeuge. Der erste Schritt mit der Festlegung der Haushaltsgelder durch den Stadtrat solle einen Anreiz schaffen für einen fairen Ideenwettbewerb der Stadtteile. Es solle und dürfe aber keine Verlierer geben, sondern nur Gewinner. Für die SPD-Fraktion könne er sogar sagen, der Antrag sei noch ausbaufähig.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bestätigt, die Grünen-Fraktion sei grundsätzlich der gleichen Meinung. Man greife gerne auf, was die CDU beantrage und die SPD forciert mit antreibe. Ihnen ginge es aber nicht weit genug bei der Bereitschaft, in kleinen Orten, in den Dörfern was zu tun. Die Grünen-Fraktion unterstütze natürlich alles, was die Stadtteile stärke. Man wolle nicht nur mehr Eigenverantwortung bei Planung und Finanzierung von Vorhaben, die die Orte stärken, sondern auch eine intensive Einbindung der Bevölkerung. Man wolle aber auch, dass diese losgelöst von parteipolitischen Schwerpunktsetzungen, z.B. durch den Stadtrat, geschieht. Jeder erinnere sich noch an den massiven Konflikt in Bietzen vor GroKo-Zeiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Dorfgemeinschaftshaus, Pfarrheim usw., der auch mit der Unterstützung der Grünen-Fraktion im Rat habe überwunden werden können. Der vorliegende Antrag ginge ihnen noch nicht weit genug, sei zu unpräzise und greife laufenden Entwicklungen in der Stadt nicht auf. Man wolle nicht nur eine stärkere Förderung, man wolle auch ein anderes Verteilungsmodell. Denn der Antrag der CDU sei sehr allgemein und eröffne einen ungeahnten Interpretationsspielraum und Möglichkeiten der parteipolitischen Einflussnahme. Man wolle eine Bedarfszuweisung für jeden Stadtteil, der noch nicht über ein Dorf- oder Stadtentwicklungskonzept oder ähnliches verfüge bzw. wo ein solches in den nächsten 3 Jahren noch nicht starte. Besseringen habe ein solches, in Bietzen, Harlingen und Menningen starte ein solches im Jahr 2021. Weitere könnten ab 2022 folgen, so hoffe er. Die Stadt werde über das Stadtentwicklungskonzept abgedeckt. Diese Entwicklungskonzepte hätten den Vorteil, dass es eine aktive und professionelle Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner gebe und neben großen Projekten auch kleinere Maßnahmen realisiert würden. So beantrage die Fraktion der Grünen eine Bedarfszuweisung für jeden Stadtteil, der noch nicht über ein Dorf- oder Stadtentwicklungskonzept verfüge, bzw. wo ein solches in den nächsten drei Jahren nicht beginne, einen Festbetrag von 10.000 Euro plus pro Dorf/Stadtteil und einen Flexbetrag von je 3.000 Euro je 500 Einwohner. Bei den Stadtteilen ohne Entwicklungskonzept bedeute dies eine Gesamtbedarfszuweisung ab 2021 bis 2023 von 225.000 Euro. Sollte in einem Stadtteil ein Förderprogramm vor der Bedarfszuweisung gestartet werden, was auch hoffentlich der Fall sein werde, da ein Dorfentwicklungskonzept grundsätzlich viel besser sei, als das, was man hier anrege, was aber grundsätzlich zu befürworten ist, so würde das in der Höhe für diesen Stadtteil nicht mehr greifen. Um den Haushalt nicht zu überlasten, würde die Grünen-Fraktion Vorschläge unterbreiten, wie man dies, wie im vorgenannten Beitrag auch auf drei Jahre zu staffeln, hier dann nicht 50.000 Euro, sondern 75.000 Euro pro Jahr, bewusst und das sei außerordentlich wichtig, dass man mit den kleinsten Dörfern beginne, da diese am ehesten nicht in ein Dorfentwicklungskonzept kämen. Denn man gehe davon aus, je größer die Dörfer seien, desto eher gäbe es eine Möglichkeit, ein Dorfentwicklungskonzept zu infiltrieren. Das bedeute den Anreiz zu schaffen für die großen Dörfer, noch mehr Druck auszuüben und die Möglichkeiten des Ortsvorstehers, in Dorfentwicklungskonzepten zu kommen, zu nutzen. Aber die kleinen sollte man nicht hinten durchfallen lassen, sie bräuchten auch Infrastrukturen. Die zugewiesenen Mittel seien natürlich für bestimmte Bereiche eingestellt. Auch da sei der Wunsch, dass grundsätzlich Projektskizzen einzelner Bürger ankämen. Er reiße kurz an, was nach Vorstellung der Grünen-Fraktion gemacht werden solle.

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass die Redezeit beendet ist und äußert eine Verständnisfrage zum Antrag der Grünen-Fraktion, da dies als Antrags formuliert gewesen wäre. Zunächst erklärt er jedoch, an den Stadtentwicklungskonzepten sei die Stadt dran. Das werde nach und nach durchgeführt, da gebe es auch einen Zeitplan. Er bitte um Verständnis, dass man nicht alle parallel machen könne, da sie sehr zeitintensiv seien. Das müsse nach

und nach durchgeführt werden. Das habe man mit dem Ministerium auch so besprochen, dass die Förderung auch entsprechend folge. Man habe auch die Zusage, dass dies Stadtteil für Stadtteil bzw. mehrere Stadtteile zusammengefasst umgesetzt werden könnte. Nun aber zum gestellten Antrag, Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) habe gesagt, man wolle eine Bedarfszuweisung von 10.000 Euro pro Stadtteil als feste Größe, eine Gesamtsumme von 225.000 Euro auf drei Jahre, also 75.000 Euro pro Jahr. Dabei seien diejenigen Ortsteile hinten angestellt, die bereits aktuell im Rahmen des Dorfentwicklungskonzeptes gefördert werden.

Stadtratsmitglied Klein (CDU) stellt fest, dass man sich dem Grunde nach einig sei im Rat. Man brauche aktive Dörfer. Aktive Dörfer bestünden nicht, indem der Stadtrat Mittel zuweise, sondern entstünden dadurch, dass die Dörfer sich auf den Weg machten. Wer sich auf den Weg mache, und dies sei auch eine Frage, wenn man über kleine Dörfer rede. Das Dorfentwicklungskonzept Bietzen, Harlingen, Menningen, also Bietzerberg, sei dadurch als gemeinschaftliches Konzept entstanden, dass die drei Ortsräte sich zusammengetan hätten und an die Stadtverwaltung den entsprechenden Antrag gestellt haben. Da man längst erkannt habe, wenn man einzeln reise, werde man unterm Strich viel verlieren. Das werde nicht gehen, da auch Infrastrukturen und ähnliches fehlten. Tatsache sei, was die CDU-Fraktion vorgeschlagen habe, seien im Prinzip 10.000 Euro für jeden Ortsteil. Die Frage sei nicht, wer bekomme oder nicht bekomme und nicht nach politischem Gusto. Sondern der Antrag sei darauf abgestimmt, dass jeder am Ende bekommen solle. Die Reihenfolge entscheide sich lediglich in der Frage, wer bereits einen Plan, eine Konzeption habe, und wer bereit sei, mit seinen Bürgern eine Konzeption zu erarbeiten. Im Ergebnis sei dies der Antrag, der heute vom CDU-Fraktionsvorsitzenden konkretisiert worden ist. Am Ende solle ein Ausschuss über Ideen hinweg entscheiden, was nun aktuell an der Reihe sei. Insofern habe er ein Problem mit einer Verordnung, die wieder eingrenzt. Man müsse die Offenheit haben, dass alle Dörfer sich Gedanken machten, wo geht's hin. Möglichst sollten sie dabei ihre Bürger einbeziehen, und dann freue er sich auf einen Wettbewerb. Es könne wirklich so sein, dass A von B lernt, dass man sehr viel liebenswertere Dörfer bekomme. Das sei das gemeinsame Ziel. Wenn es mehr Geld gebe als 10.000 Euro, sage er ja. Er würde aber sagen, die 150.000 Euro, die jetzt gesetzt seien, seien ein Anfang. Das seien keine echten 150.000 Euro. Wenn man schlau sei, könne man über diese Geschichte noch Fördergelder mitentwickeln. Er denke an die Agentur ländlicher Raum und ähnliche Themen, wo immer etwas abzugreifen sei. Diese Ideenvielfalt und diese Beweglichkeit, die würde letztlich lebenswerte Dörfer entwickeln. Da sollte man gemeinsam daran arbeiten. Er glaube, da sei mal dieser Ansatz zu machen, mal anzufangen. Nicht zu warten, bis der letzte seinen Plan habe oder nicht. Man wolle einfach den Dörfern eine Perspektive geben. Der, der sich bewegt und sich tatsächlich Gedanken mache und ein aktives Dorf hinstelle, solle auch dafür die Unterstützung erhalten. Das sei der Antrag.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/ FDP) führt aus, dass seine Fraktion den Antrag als Anfang sehr gut finde. Nach drei Jahren solle man ein Resümee ziehen, ob man die Sache erweitert oder nicht oder ob man andere Punkte einbringt. Im Moment würde er das losgelöst von den Dorfentwicklungskonzepten betrachten. Er wolle die Anmerkung von Manfred Klein aufnehmen, dass dies entwicklungsfähig sei.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es von allen Fraktionen als positiv angesehen werde, dass Gelder für die einzelnen Stadtteile zur Verfügung gestellt würden. Das treffe auch das, was die Verwaltung sich vorstelle. Von daher finde dies auch die Zustimmung der Verwaltung. Das sei der Konsens, den man im Rat habe. Wie das verteilt werde, müsse man ohnehin nachher in den Gremien besprechen. Es ginge zunächst darum, dass man wisse, wieviel Geld im Haushalt 2021 von der Verwaltung vorgesehen werden müsse. Den Betrag, der heute auch festgelegt werde, werde man für den Haushalt dem Rat vorschlagen. Letztendlich müsse der Rat ohnehin im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber entscheiden. Der Vorschlag wäre, dass man den Betrag einstelle und die Mitglieder dann in der nächsten Sitzung des Fachausschusses darüber reden, wie das Geld verteilt werden solle.



Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) antwortet auf die Ausführungen von Ratsmitglied Klein (CDU), es sei richtig, was er angeregt habe. Es sei vorbildlich, was er mit seinem Dorf - er nenne es Dorf, da es für ihn einen anderen Bezug habe, als ein Stadtteil - mit den beiden Partnern rechts und links schon geleistet habe. Er habe nur die Befürchtung, dass man in den anderen Stadtteilen bzw. Dörfern nicht dieses konsequente Zusammenarbeiten über die Dörfer hinaus habe, und er sehe auch die Strukturen bei vielen Dörfern so, dass diese die eigenständigen Strukturen erhalten müssten und erhalten wollten. Er habe dazu auch Zahlen und Fakten und weise darauf hin, dass die Fraktion der Grünen auch soweit überlegt habe, dass auch nur in solchen Bereichen Investitionen oder Ersatzinvestitionen stattfinden sollten, und dass diese Ideengeschichte nicht auf die Stadt bezogen sei, sondern auf das Dorf und die Einwohnerinnen und Einwohner. Man sage denen, wenn ihr das ordentlich macht, dann bekommt Ihr so viel Geld von uns. Er sehe den Ansatz etwas anders. Das sei auch genau das, was Herr Klein vorher gesagt habe, das sehe er genauso. Es reiche nicht aus, nur das Geld zur Verfügung zu stellen, sondern man müsse auch Voraussetzungen schaffen. Das heiÙe, die Leute sollten mitarbeiten, nicht nur gedanklich, sondern wenn möglich auch materiell oder körperlich, in Eigenleistung. Das, was man in Bietzen vorlebe, solle man in anderen Dörfern wieder beleben, denn es sei früher mal so gewesen. Das sei der wichtige Kern. Dass man jedem Dorf, so klein es auch sein möge, eine Perspektive gebe und sage: Jetzt macht mal was draus. Natürlich solle man auch motivieren innerhalb der Gemeinschaft, die Unternehmen, die vor Ort seien, oder Vereine miteinzubinden. Der Weg, den man in Bietzen vor Jahren eingeschlagen hätte, den würde er gerne in allen Dörfern sehen. Er sehe aber nicht, so wie Ratsmitglied Klein, dass man das mit kleinen Dörfern gemeinschaftlich hinbekommt. Da müsse man jedem Dorf die Entwicklung selbst in die Hand geben.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne)-erklärt, man habe sehr konkrete Überlegungen angestellt, wie man das machen könne, damit es in den Orten entsprechend getragen werde. Der Antrag bzw. Vorschlag der Grünen-Fraktion sei weitergehender, es sei eine stärkere Hilfe für die Ortsteile. Er habe das damals mit dem Manfred Klein miterlebt und wisse, wie das funktionieren würde, wenn theoretisch eine GroKo mal nicht mehr existieren würde. Er habe das damals hautnah miterlebt und habe als Fraktion ganz aktiv mitgekämpft, dass das Geld eben nicht aus parteipolitischen Gründen nicht nach Bietzen ging. Seine Bitte an die große Koalition: Man wolle die Stadtteile stärken, und zwar stärker als der jetzige Antrag. Wenn man dies auch wolle, dann solle man doch zustimmen und über den eigenen Schatten springen und nicht alles reflexartig ablehnen, was von der Opposition komme.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) dankt den Vorrednern, dass sie das Ansinnen der CDU-Fraktion, aber auch dem Ansinnen der GroKo, wie sie bezeichnet wurde, die Stadtteile nach vorne zu bringen, unterstützten. Es ginge nicht darum, dass man kleine Dörfer außen vor lasse. Es sei gesagt worden, dass man jeden Ortsteil mitnehmen wolle. Man werde sehen, was gezeigt werde und über was man dann im Hauptausschuss beschließen werde, welche Projekte nach vorne gebracht würden. Natürlich gebe es Möglichkeiten, gerade wie der Bietzerberg das zeige, über die Grenzen der Dörfer zusammenzuarbeiten. Es gebe aber auch Möglichkeiten, nicht jeder Stadtteil gebe die Möglichkeiten dazu her, dass man den eigenen Stadtteil für sich entwickle. Darauf hoffe man, man baue ja auch darauf, dass viele Ideen kämen. Das Argument, dass parteipolitisch agiert werde, könne er gar nicht verstehen oder nachvollziehen. Er stelle natürlich fest, dass von den 17 Stadtteilen 16 von der SPD oder der CDU die Ortsvorsteher gestellt würden. Man solle aber nicht glauben, wenn man ein gutes Projekt in einem der Stadtteile hätte, das parteipolitisch nicht passen würde, dass dann eine Partei sagen würde: Nein, man unterstütze dieses oder jenes Dorf aus parteipolitischen Gründen nicht. Man sei für die gesamte Bürgerschaft da, mache keine Klientelpolitik und deshalb habe man auch den Antrag so eingebracht, mit den vielen Hinweisen.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) wolle das auch so nicht stehen lassen. Es sei ungeheuerlich zu behaupten, man werde das parteipolitisch in den Dörfern entscheiden. Sie rede nicht von vorgestern oder von vor 10 Jahren. Sie wolle es jetzt ganz konkret sehen. Man habe einen sehr guten Vorschlag, der natürlich weiterentwickelt werden könne. Das sehe man

genauso und habe dies auch so gesagt. Man müsse abwarten, was in den Dörfern passiere. Sie selbst komme aus dem größten Stadtteil. Dort sei man nicht in einem Dorfentwicklungskonzept und sei froh, wenn man dort kleinere Maßnahmen mit den eigenen Ideen umsetzen könnte. Das hätte überhaupt nichts nur mit kleineren Dörfern zu tun. Sie rege bei Herrn Borger an, dass er diese Diskussion im Ausschuss führen möge. Man habe im Ausschuss lange über dieses Thema diskutiert. Man habe gesagt, man wolle im Hauptausschuss gemeinsam festlegen, nach welchen Kriterien man vergebe, um den Dörfern gerecht zu werden und um Gutes für die Dörfer zu tun. Das wolle man hiermit tun.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erwidert, dieser vorliegende Antrag, der laute für alle Stadtteile 150.000 Euro, sei nicht konkret. Man könne daraus nicht lesen, wer welchen Anteil von den 17 Stadtteilen bekomme. Aus diesem Grunde mache man den Vorschlag aus der Fraktion der Grünen. Um diesen in Ruhe bearbeiten zu können, schlage er vor, diesen Antrag zu vertagen oder in den Hauptausschuss einzubringen.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt, bei den Grünen sei es so, wenn was im Hauptausschuss behandelt werde – man habe einen Sitz mit ihm -, dann bespreche er das mit seinen Fraktionskollegen. Deswegen habe man sich enthalten in der Sitzung. Man habe dort den Antrag der CDU kennengelernt, habe eine kleine Fraktionssitzung gemacht, habe überlegt, wie man das machen könnte, um die Stadtteile noch stärker zu stärken. Das sei das Ergebnis. Man habe gemeinsam ein Ziel, die Stadtteile zu stärken. Es gebe jetzt kleine Punkte, Herr Klein von der SPD habe auch gesagt, dass das eine oder andere noch ausbaufähig sei. Er selbst sehe die Not nicht, im Moment zu entscheiden. Der Bürgermeister habe gesagt, der kommende Haushalt werde im Frühjahr beraten. Daher nochmals die Anregung der Grünen-Fraktion, sich zusammzusetzen und gemeinsam zu überlegen, ob man nicht einen gemeinsamen Kompromiss finde, in dem die Meinung der GroKo drin sei und in dem auch die Vorschläge der Grünen enthalten seien.

Der Vorsitzende stellt klar, er habe nicht gesagt, dass der Haushalt im Frühjahr beraten werden, sondern im Winter, die Hauptausschusssitzungen seien im Januar terminiert und Anfang Februar sei die Stadtratssitzung.

Stadtratsmitglied Klein (CDU) erklärt, man habe heute einen Haushaltsvorschlag für das nächste Jahr gemacht, der betreffe 50.000 Euro. Der Vorschlag der Grünen sei bei 75.000 Euro. Er könne auch gut damit leben, dass man der Verwaltung jetzt den Auftrag gebe, dieses Geld mal in den Haushalt zu stellen für das nächste Jahr. Dann könne man sich ein ganzes Haushaltsjahr Gedanken machen, ob dies ausreiche, ob es Möglichkeiten gäbe, etwas zu verbessern. Denn man brauche jetzt für die ersten 50.000 Euro fünf gute Anträge aus den Dörfern. Jetzt kämpfe man gemeinsam dafür, dass man gute Anträge bekomme, gute Beratungen in den Dörfern habe, dass man handlungsfähig den Beweis dafür lieferte, dass man Geld nicht einfach verpuffen lasse, sondern für etwas Gutes einsetze. Das sollte das gemeinsame Ziel sein. Es ginge heute darum, dass man der Verwaltung einen klaren Auftrag gebe, dieses Geld möglichst in den Haushalt einzusetzen. Jetzt könne man über die Höhe streiten. Aber man könne nicht im ersten Punkt, bei der Bestellung eines hauptamtlichen Beigeordneten, sagen, es sei kein Geld da und dann hier noch mehr als im ursprünglichen Antrag fordern.

Den Vertagungsantrag lehnt der Stadtrat mit 3 Ja- und 24 Nein-Stimmen ab.

Den Änderungsantrag der B90/Die Grünen-Fraktion, in den nächsten drei Haushaltsjahren jeweils 75.000 € und somit insgesamt 225.000 € als Gesamtbetrag für alle Stadtteile bereitzustellen, lehnt der Rat mit 3 Ja-, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

**Beschluss:** Der Rat stimmt dem Antrag zu, für alle Stadtteile 150.000,- € als Gesamtbetrag bereitzustellen. Aufgrund der kommunalen Finanzsituation soll der Betrag zu jeweils gleichen

Teilen auf die nächsten drei Haushaltsjahre (2021 - 2023) verteilt werden, sodass pro Jahr mehrere Stadtteile über eine finanzielle Unterstützung verfügen können. Darüber hinaus soll allen Stadtteilen die weitere Möglichkeit gegeben werden, zur Erhaltung und Verbesserung des "Dorfbildes" bezahlte Arbeitskräfte einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	3

- 
- 5 **Antrag Bündnis 90/Die Grünen: "In Not geratenen Kindern helfen - Zeichen der Nächstenliebe"** **2020/671**  
geändert beschlossen

- 
- 5.1 **Antrag CDU-/SPD-Fraktionen: "In Not geratenen Menschen helfen - Willkommensstruktur in der Kreisstadt Merzig bestärken"** **2020/671-001**  
geändert beschlossen

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt zum Antrag aus: „Mit diesem Punkt hatten wir ja versucht, in der letzten Sitzung des Stadtrates das von uns erwünschte Zeichen der Menschlichkeit auszusenden. Leider wollte man dort keinen Beschluss fassen und jetzt ist es November und die wertvolle Zeit zur Hilfe ist vergangen. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, verursacht durch die Kriegshandlungen vor allem in Syrien, wurde in der Stadt Merzig Platz für rund 280 Kriegsvertriebene geschaffen. Aktuell sind in den Flüchtlingsunterkünften rund 210 Menschen untergebracht. Dies bedeutet, dass Raum für weitere 70 in Not geratene Menschen, und wir meinen hier dezidiert Kinder aus den Kriegsgebieten, vorhanden ist. Die Verwaltung hat nach unserer Antragstellung mitgeteilt, dass eine realistische Aufnahme von 50 Kindern möglich wäre. Die Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ist gerade für Kinder einfach nur entsetzlich. Und nun naht der Winter, der alles noch schlimmer macht. Vielen Städten und Gemeinden in Deutschland ist dieses Leid nicht gleichgültig, sie haben sich öffentlich zur Aufnahme von notleidenden Menschen bereiterklärt und damit ein deutliches Signal ausgesandt. Worum geht es also in unserem Antrag? Es geht um ein starkes Signal der Stadt Merzig für Humanität und Nächstenliebe. Ein Signal, das auch für christliche und soziale Werte und Verantwortung steht. Der Stadtrat Merzig möge Folgendes beschließen: Der Stadtrat Merzig will im Rahmen der vorhandenen räumlichen Möglichkeiten notleidenden Menschen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern helfen und erklärt sich zur Aufnahme von 50 Menschen, vorzüglich Kindern, aus diesen Lagern bereit. Die Verwaltung wird beauftragt, dies der Landesregierung mitzuteilen und diese zu bitten, entsprechende Schritte einzuleiten, damit zeitnah geholfen werden kann.“ Da der Antrag der großen Koalition inhaltsgleich und fast wortgleich sei, gehe er davon aus, dass auch die große Koalition dem Antrag zustimmen werde.

Fraktionssprecherin Holzner (SPD) erwidert, es sei keine wertvolle Zeit vergangen, denn das, was man heute verabschieden wolle, sei eine Willensbekundung. Es ginge nicht darum, dass man heute mit dem Antrag direkt etwas bewegen könne, sondern man könne nochmals, wobei sie denke, dass dies die Stadt bereits seit vielen Jahren macht, die Willkommenskultur in der Stadt transparent machen. Deshalb verlese sie nun den Antrag der großen Koalition: „Die Lage in den griechischen Flüchtlingslagern (Moria) ist für die Menschen dort und vor allem für die dort lebenden Kinder entsetzlich. Vielen Städten und Gemeinden in Deutschland ist dieses Leid nicht gleichgültig, sie haben sich öffentlich zur Aufnahme von

notleidenden Menschen bereiterklärt. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise - verursacht durch die Kriegshandlungen vor allem in Syrien - wurde in der Stadt Merzig Platz für 280 Menschen geschaffen. Aktuell sind in den Flüchtlingsunterkünften rund 210 Menschen untergebracht. Realistisch möglich wäre laut Ausführung der Stadtverwaltung die Aufnahme von ca. 50 weiteren Personen.“ Sie unterbreche kurz an dieser Stelle, um auf den Antrag der Grünen-Fraktion einzugehen. Kinder könne man nicht in diese Wohnungen setzen. Kinder, die aus Flüchtlingsgebieten hierher kämen, würden über das Land und die Landkreise in entsprechende Einrichtungen verteilt und nicht in Wohnungen. Man könne sehr wohl Familien für diese Wohnungen aufnehmen, aber keine Kinder. Dadurch unterscheide sich der Antrag der großen Koalition vom Antrag der Grünen-Fraktion. Es laufe so, dass über den Königsteiner Schlüssel die Geflüchteten in die Länder kämen und dann über die Landesaufnahmestelle in die Landkreise verteilt würden. Sie führt den Antrag der großen Koalition weiter aus: „Die Zuweisung von Geflüchteten erfolgt derzeit so, dass die Landesaufnahmestelle Geflüchtete auf die Landkreise verteilt. Die Landkreise übermitteln die Zuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden, die dann anhand ihrer Kapazitäten die Menschen aufnehmen. Die Gemeinden selbst haben keinen Einfluss darauf, welche Geflüchteten in die Landkreise und damit in die Gemeinden verteilt werden. Der Stadtrat Merzig möge deshalb folgenden Beschluss fassen: Der Stadtrat Merzig will im Rahmen der vorhandenen räumlichen Möglichkeiten notleidenden Menschen helfen und erklärt sich für eine mögliche Aufnahme bereit. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss an die übergeordneten Stellen weiter zu geben und weitere Schritte einzuleiten, um schnellstmöglich Hilfe anbieten zu können.“ Das könne man machen, das sei eine Willensbekundung.

Stadtratsmitglied Schmitt (CDU) bestätigt, sie könne nur das unterstreichen, was Stadtratsmitglied Holzner (SPD) gesagt habe. Sie wolle sich aber auch bei Stadtratsmitglied Borger und der Grünen-Fraktion bedanken, dass man hier in Merzig über den Tellerrand hinausschaue und auch schaue, welches Leid es in der Welt gebe. Das Leid der Flüchtlingskinder lasse natürlich die CDU-Fraktion nicht kalt. Es lasse aber auch die Bundesregierung und Europa nicht kalt. Es gebe bereits eine Verordnung des Bundesministeriums für Inneres, Bauen und Heimat vom 9. Oktober 2020, die genau das Aufnahmeprozedere beschreibe für Menschen aus Flüchtlingslagern in Griechenland aufgrund der dort besonderen Notlage. Stadtratsmitglied Holzner habe das Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge beschrieben. Es müsse nicht neu erfunden werden, und sie sei stolz darauf, in einem Land zu wohnen, dessen Kanzlerin gesagt habe, als die Flüchtlingswelle groß gewesen sei: „Wir schaffen das“, und habe die Grenzen geöffnet. Sie sei auch sehr stolz darauf, dass man eine Regierung habe, die es geschafft habe, dieses Leid in ein vorwiegend transparentes und nachvollziehbares Verfahren zu packen, das auch mit ganz Europa koordiniert sei. Sie sehe es auch so, dass Europa gefordert sei. Die Grünen-Fraktion beziehe sich auf die Werte Europas, Nächstenliebe und Humanität. Das könne sie auch nur unterstützen. Eine Begrenzung auf Kinder aus den Flüchtlingslagern sei rein fachlich und praktisch nicht möglich. Sie unterstreiche auch, was Stadtratsmitglied Holzner gesagt habe, dass die Stadt Merzig vorbildhaft gehandelt habe für die Integration von Menschen, die hierhergekommen seien. Dass sie vorbildhaft gehandelt habe in der Zeit, als hier unvorhersehbar gewesen sei, wie viele Flüchtlinge plötzlich vor dem Rathaus stünden, die plötzlich in Wohnungen eingewiesen werden mussten. Man habe hier sehr gut gehandelt und ein großes ehrenamtliches Engagement quer durch die ganze Bevölkerung gehabt, die Menschen hätten angepackt. Die Willkommenskultur sei in Merzig vorhanden. Die CDU-Fraktion unterstütze ausdrücklich den Antrag der Grünen-Fraktion, Zeichen zu setzen. Aber es soll nicht nur ein Zeichen sein, es solle in der Praxis auch zeitnah, da habe er Recht, schnelle Hilfe sei erforderlich, umsetzbar sein. Das sei der Antrag, wie die CDU und die SPD ihn gemeinsam formuliert hätten. Sie danke der Grünen-Fraktion für die Anregung, dass man sich hier im Rat damit befasse.

Der Vorsitzende erklärt, er finde es gut, nach den drei Wortmeldungen zu diesem Thema, dass alle Wortmeldungen in die gleiche Richtung gingen. Dass alle sagten, hier wolle man den Menschen helfen, die in Not geraten sind. Es sei für die Stadt Merzig eine absolute Selbstverständlichkeit zu helfen, auch unabhängig von dem Antrag und den Anträgen. Man

rede da nicht großartig darüber, sondern man handle, wann immer man gefragt werde. Man habe wesentlich mehr Menschen aufgenommen, als man vom Verteilungsschlüssel her müsste. Im letzten Monat habe der Innenminister angerufen und gesagt, es müssten dringend 25 Menschen untergebracht werden. Da habe man in einer ganz schnellen Aktion alles entsprechend vorbereitet und Raum zur Verfügung gestellt. Allein in dieser Woche seien wieder 15 Flüchtlingen hier aufgenommen worden, drei Familien mit vier, fünf Personen aus Syrien und dem Irak. Immer dann, wenn man gefragt werde, sei man dabei und helfe, unabhängig von den anderen Aktionen, die man mache. Das eine sei ja, dass man den Menschen Wohnraum zur Verfügung stelle, aber gleichzeitig mache man z.B. Messen, wie die Immigra, versuche Menschen in Arbeit zu bringen, Sprachkurse mit zu koordinieren. Da laufe schon viel. Der Willkommensordner für alle Flüchtlinge sei erstellt worden. Von daher habe man versucht, schon viel zu machen unabhängig vom Wohnraum. Bertelsmann habe das ja auch gewürdigt, indem man dort als Pilotprojekt mit ausgewählt worden sei.

Ressortleiter Arno Jung bestätigt, dass man Kinder nicht aufnehmen könne bzw. dürfe. Im Saarland würden die Kinder unmittelbar vom Ministerium betreut. Es sei zutreffend, wie Herr Borger sagte, dass sich große Städte bereit erklärt hätten, Kinder aufzunehmen. Dies seien aber alle Städte, die über ein eigenes Jugendamt, also die Infrastruktur und auch Fachkräfte verfügten, die die Kinder und Jugendlichen betreuten. Eine solche Infrastruktur habe die Stadt Merzig nicht. So dass man faktisch nicht in der Lage wäre, sich um die Kinder zu kümmern. Noch eine Konkretisierung zu den vorab vom Vorsitzenden genannten Zahlen. Es gibt eine Zuweisung aus der aktuellen Woche, zum 4. Dezember würden Flüchtlinge kommen. Für den Landkreis seien insgesamt 20 Personen zugewiesen, darunter 13 Kinder. Von denen habe man 15 Personen, also drei Familien darunter neun Kinder aufgenommen. Der Vorsitzende betont, dies seien Familien, die hierher kämen, also Kinder mit den Erziehungsberechtigten.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erinnert daran, dass man die Verwaltung ausdrücklich dafür gelobt habe, wie mit den Menschen umgegangen worden sei in Merzig. Dass es eben keine Ballung gab, niemand demonstriert habe, das sei alles perfekt gelaufen und dafür habe er sich damals bedankt und er danke auch nochmals im Namen der Flüchtlinge, die hier Unterkunft gefunden hätten. Mit Bezug auf das von Ratsmitglied Schmitt Gesagte, fragt Ratsmitglied Borger, ob sie schon mal in Lesbos gewesen sei vor kurzem. Vielleicht sei das einfach mal eine Anregung, dass man sich intensiv mit der Sache beschäftige. Wenn man in Menningen wohne, wisse man nicht, was dort unten abgehe. Wenn man den Antrag der Grünen, der jedem vorliege, lese, so stünden die Kinder in der Überschrift, da Kinder überall, nicht nur in den Flüchtlingslagern, eigentlich immer die Schwachen der Gesellschaft seien. Er lese den Antrag erneut vor: „Der Stadtrat Merzig will im Rahmen der vorhandenen räumlichen Möglichkeiten notleidenden Menschen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern helfen und erklärt sich zur Aufnahme von 50 Menschen, vorzüglich Kindern, aus diesen Lagern bereit. Die Verwaltung wird beauftragt dies der Landesregierung mitzuteilen und diese zu bitten, entsprechende Schritte einzuleiten, damit zeitnah geholfen werden kann.“ Wenn das dann Familien seien, bei denen Kinder dabei seien, dann sei das natürlich grandios, denn dann wären diese Kinder aus den Lagern draußen. Das sei der Antrag der Grünen-Fraktion. Da verstehe er nicht, warum man jetzt einen Dissens aufbaue, mit dem Plagiat der großen Koalition. Das sei ganz klar ein Plagiat, da es der gleichlautende Antrag sei.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) antwortet, es sei kein Plagiat, sondern eine Richtigstellung dessen, was im Antrag der Grünen-Fraktion nicht richtig sei. Es ginge nicht, dass man Kinder hier so aufnehme. Das hätten die Grünen in der Überschrift stehen und Stadtratsmitglied Borger habe dies eben ausdrücklich betont, dass es um die Kinder ginge. Man habe eine gute Willkommensstruktur in Merzig, der Vorsitzende habe dies auch ausgeführt. Sie frage, warum die Grünen nicht über ihren Schatten springen könnten. Man könne das erweitern und verabschiede diese Dinge, da man wolle, dass alle Bürger, die in Not seien, hier in Merzig willkommen seien.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/ FDP) sehe nicht die Problematik, die man hier offensichtlich gesehen habe, in dem Antrag der Fraktion der Grünen. Wenn der Beschlussvorschlag so formuliert sei, dass er nicht umsetzbar sei, dann hätte man den Vorschlag machen können, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern. Einen eigenen Antrag zu stellen, diese Notwendigkeit sehe er nicht. Er sehe da im Prinzip politische Spielchen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) finde es traurig, dass man den Begriff Kinder so ausnutze oder darstelle. Für ihn seien Kinder, egal wo sie seien, ob sie alleine oder bei ihren Eltern sind, immer die Benachteiligten. Ihm sei es genauso Recht, wenn von den 50 Personen, die kommen, Eltern mit 5 oder 6 Kindern seien. Hauptsache, die Kinder kämen raus. Es ginge ihm um das Prinzip helfen. Wenn man den Begriff Kinder in der Ausführung des eigenen Antrags aufgeführt habe, sei es doch besonders darzustellen, dass die Not groß ist. Dass damit ein Problem zu sehen sei, verstehe er nicht. Dass man dann Fallen lege und den Begriff „Kind“ irgendwo raushole, der noch nicht einmal in dem Antrag erwähnt worden sei, weil man ja selbst auch realistisch sei, finde er traurig.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man inhaltlich nicht so weit auseinander sei. Was die Kinder betreffe, wie eben auch von Ressortleiter Jung erklärt, die alleine kämen, dürfe die Stadt nicht aufnehmen. Die Ratsmitglieder könnten sich vielleicht erinnern, damals im Haus Sonnenwald seien Kinder untergebracht gewesen. Diese seien aber komplett betreut gewesen vom Regionalverband Saarbrücken. Dieser habe die Kinder, da er Unterkünfte gesucht habe, dort untergebracht. Da wäre eine Betreuung vor Ort gewesen. Sei es nicht möglich, einen gemeinsamen Antrag zu finden, hinter dem alle stünden? Es sei bei dem Thema schlecht, wenn man dagegen oder dafür ist.

Stadtratsmitglied Manfred Klein (CDU) wolle zum Verfahren vorschlagen: „Not kennt keine politischen Grenzen“. Wenn er das vorausschicke, dann dürfte es den Ratsmitgliedern egal sein, ob es ein schwarzer ein roter, ein grüner oder welcher Antrag auch immer sei. Das gemeinsame Ansinnen, und das sei klar geworden: Man wolle bekunden, dass die Kreisstadt Merzig weiterhin ihre humanitäre Seite zeige und will sich gegen den Trend stellen und sagen, man sei bereit zur Aufnahme. Er habe als Geschäftsführer einer Einrichtung, die auch ein Kinderheim hat, auch unbegleitete Jugendliche bei sich gehabt. Er müsse an der Stelle sagen, diese könnten nicht in irgendeinem Stadtteil in irgendeine Wohnung gesetzt werden. Sie bräuchten besondere Betreuung. Insofern nehme man gerne jeden auf aus humanitären Gründen. Wenn man sage, nicht CDU, SPD, Grüne usw., sondern der Stadtrat bekräftige seinen Willen, dann wäre das ein Vorschlag, der auch der Würde dieses Hauses gerecht würde.

Der Vorsitzende unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag: Der Stadtrat wolle weiterhin, dass den notleidenden Menschen geholfen werde und fordere die Verwaltung auf, dies dem Land mitzuteilen, damit die Räumlichkeiten, die zur Verfügung stünden, den in Not geratenen Menschen auch zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Vorsitzende fragt, ob man dies als Kompromiss annehmen könne.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) spricht für seine Fraktion Zustimmung aus.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) äußert sich zu zwei vorangegangenen Bemerkungen. Es sei eine Unverschämtheit, einer CDU-Fraktionskollegin vorzuwerfen, dass man in Meningen nicht wisse, was in Lesbos passiert. Weiterhin gehe es nicht zu sagen, Kinder seien die Schwächsten, egal wo und wie, wenn man genau wisse, dass das Europarecht da Unterschiede mache. Es gehe nicht nur um Kinder. Denn, wenn es um Flüchtlinge und Kriegsvertriebene gehe, gebe es auch andere vulnerable Gruppen. Da gehörten schwangere Frauen, Alte, Kranke, Behinderte und Kinder dazu. Da mache man keinen großen Unterschied. Und insofern sei es völlig falsch, einzelne Gruppen hier hervorzuheben. Deshalb sei der Vorschlag des Vorsitzenden richtig.

### **Beschluss:**

Ausgehend vom Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion sowie des gemeinsamen Antrags der CDU- und SPD-Fraktionen bekräftigt der Stadtrat, weiterhin notleidenden Menschen helfen zu wollen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss an das Land weiter zu geben und weitere Schritte einzuleiten, damit schnellstmöglich geholfen werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

- 
- 6 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohnen am Gesundheits-Campus im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Aufhebungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB** **2020/625**  
ungeändert beschlossen

### **Beschluss:**

Der Beschluss zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnen am Gesundheits-Campus“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) wird gefasst. Die Begründung und die Abwägung werden gebilligt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

- 
- 7 Tourismuskonzept Sport- und Freizeitpark "Der Saarpark"** **2020/667**  
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert, dass es hierzu eine sehr umfassende Bürgerbeteiligung vor etwa vier Jahren gegeben hätte. Ebenso seien entsprechende Beschlüsse im Rat gefasst worden. Die Ergebnisse seien im Tourismuskonzept eingearbeitet worden, durch welches man zusätzliche Fördermittel erhalten wolle.

Stadtratsmitglied Tinnes (CDU) äußert sich wie folgt: „Der „Saarpark“ wird aus unserem Stadtpark, dem Sport- und Freizeitpark sowie den dazwischen liegenden Uferbereichen entstehen. Ziel soll sein, diese Bereiche als Gesamteinheit zu entwickeln. Die Entwicklung des Sport- und Freizeitentrums in den neunziger und zweitausender Jahren am Standort hat der Bekanntheit unserer Stadt mit den Highlights „Das Bad“, dem „Zeltpalast“ und weiterer Sport und Freizeitangebote einen weiteren Schub gegeben. Zwischenzeitlich konnten durch die Umsetzung erster Teile des Grundkonzeptes „Saarpark“ aus dem Jahre 2015 weitere Meilensteine erreicht werden. Zu nennen sind hier der neu gestaltete Stadtpark, welcher mit seiner weltweit beachteten Licht-Konzeption sogar den „Lit-Award“ gewinnen konnte, die Eröffnung des Holiday Inn Express Hotels, der Bau des seinerzeit Europaweit größten freistehenden Kletterparks und die Schaffung vieler weiterer Angebote, meist finanziert durch private Investoren. Das neu errichtete Hotel Holiday Inn Express bietet sowohl Geschäftsreisenden,

als auch Touristen völlig neue Möglichkeiten. Um das Gesamtkonzept für alle Bürgerinnen und Bürger weiter voran zu treiben, sollte zeitnah mit der Neugestaltung und Optimierung der Verkehrswege begonnen werden. Besonders für Fußgänger und Radfahrer, welche in der Kette das schwächste Glied sind, müssen wir die Bedingungen verbessern. Hierzu ist im Blick zu behalten, dass die L174 für Radfahrer und Fußgänger nicht attraktiv ist. Mit Blick in die Zukunft sollten wir, wie es das Konzept aufzeigt, nicht ruhen, sondern weitere Schritte zur Verbesserung des Angebotes gehen. Ein Natur- & Ökosee bietet sich als Erholungs- und Rückzugsraum für Mensch und Tier geradezu an. Unsere Stadt wächst immer weiter zusammen. Als Sinnbild hierfür kann das Zusammenwachsen dieses Gebietes ein Beispiel sein. Wie können wir es schaffen, die Menschen auf den gegenüberliegenden Saarseiten noch stärker miteinander zu verbinden? Wie schaffen wir eine sichere und schnelle Verkehrsverbindung für Fußgänger und Radfahrer über die Saar? Wie erhöhen wir die Besucher- und Kundenfrequenz sowohl im Sport und Freizeitpark als auch in der Innenstadt durch Fahrradtouristen und Schiffstourismus? Hier kann eine Antwort der Bau einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke sein. Der Ausbau von sanftem Tourismus, die Steigerung des Naherholungswertes sowie der Bau einer Fußgänger und Radfahrerbrücke bleiben auch weiterhin Kernanliegen der CDU-Stadtratsfraktion. Wir danken der Stadtverwaltung für die Erstellung dieses Gesamt-Konzeptes. Hiermit können jetzt gezielt Fördergelder für Maßnahmen beantragt werden.“

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, er habe grundsätzlich nichts gegen Bauen. Aber hier wolle man die Innenstadt erweitern, hervorheben und beleben. Dann mache man eine große Brücke über die Saar, wobei ein breiter Gehweg vorhanden sei an der Brücke. Der Radweg sei schon da und auch Fußgänger könnten den Weg nutzen. Wenn dann noch viele Parkplätze auf der Hilbringer Seite entstünden, dann würden die Autofahrer nach Hilbringen fahren, in die Brauerei, den Zeltpalast oder sonst wohin. Aber keiner bemühe sich über eine Brücke nach Merzig zu laufen. So sei die Innenstadt verödet, die Geschäfte seien mittlerweile zu. Wenn man dann die 23, fast 24 Mio. sehe, so sei dies alles derzeit noch unausgegrenzt. Die Gegenfinanzierung solle durch die finanzielle Beteiligung von der Kiesausbeute erfolgen. Das Geld könne man auch anderweitig verwenden. Die Verlagerung eines innerstädtischen Verkehrs mit einer Brücke durch den Stadtpark zur anderen Seite mit den dort erheblich ausgebauten Hotels und Parkplätzen lehne die Grünen-Fraktion ab.

Der Vorsitzende widerspricht den Äußerungen von Stadtratsmitglied Temmes. Dieser spreche ja schon von einem „Stadttot“, wenn er sage, die Geschäfte seien zu, es sei nichts los. In der Zeit vor Corona habe er dies nicht feststellen können. Er könne auch nicht feststellen, dass man einen großen Leerstand in der Stadt habe. Wenn man sich mit den Wirten in der Altstadt unterhalte, so könne man feststellen, dass die Altstadt heute ganz anders floriere, als das vor vielen Jahren noch der Fall war. Deshalb müsse er massiv widersprechen, wenn gesagt würde, es sei nichts los in der Stadt. Dies entspreche nicht den Fakten.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt aus, man habe sich bereits sehr früh mit Themen beschäftigt, wie Gutachten, in denen Visionen aufgebaut worden seien, die in Schublade gelegen hätten und versunken seien. Man habe frühzeitig Bedenken geltend gemacht bezüglich der immer wieder diskutierten Fußgängerbrücke. Wenn man alleine die Kosten dieser Brücke sehe, nicht nur die Baukosten, sondern auch die jährlichen Rücklagen, jährlich über 70.000 Euro, die die Stadt aus eigenen Mitteln bestreiten müsse - jedes Jahr, dann erhärte das bei der Grünen-Fraktion den Eindruck, dass man lieber eine Planung hätte, die auch irgendwann realisiert werde, als ein Wolkenkuckucksheim, das über 30, 40 Jahre diskutiert werde. Wenn man dann noch sehe, dass Punkte enthalten seien, gegen die man sich immer zur Wehr gesetzt habe, von denen man sage, das könne nicht sein. Er erinnere an die Auskiesung, an das Geld, das dort verschenkt werde, das sei für ihn ein Skandal gewesen, diese Beschlussfassung. Er erinnere zudem an einen einstimmigen Beschluss des Stadtrates. Man habe beschlossen, dass man einen Auwald in der Saaraue angehen wolle. Jetzt solle man einen Beschluss fassen, dass dort ausgekieset werden solle. Er sei etwas ratlos mit den Beschlüssen. Es seien also Punkte enthalten, die für die Grünen-Fraktion „No-Go-Punkte“ sei-



en. Ebenso habe man einen Plan B gemacht, da man gewusst hätte, dass die Fußgängerbrücke vielleicht Wolkenkuckucksheim bleibe. Dies habe man auch als Antrag gestellt. Der Vorschlag sei gewesen, wie man im Rahmen der Umbauarbeiten die Saarbrücke für den Fußgängerverkehr hätte fit machen können. Er habe Bilder gezeigt, wie dies z.B. in Bratislava oder sonst wo gemacht werde. Dies seien wunderbare Konzepte, zeitnah zu realisieren, ein Bruchteil der Kosten. Dies sei abgelehnt worden und nun habe man nichts. Heute solle man über ein Wolkenkuckucksheim entscheiden, das eigene Beschlusslagen konterkarriere. Da werde man nicht zustimmen.

Der Vorsitzende antwortet, dass man auch im Vortrag des Ratsmitgliedes Tinnes gehört habe, was sich alles schon diesbezüglich getan habe in den letzten Jahren. Das sei mit dem Stadtpark und dem Hotel auf der anderen Seite der Beginn gewesen. Man wolle Schritt für Schritt weiter vorgehen. Es sei allen klar gewesen, dies alles nicht in ein oder zwei Jahren umzusetzen sei. Sondern, dass das Ganze Zeit brauche.

Ressortleiter Bies stellt klar, es gehe in dem Antrag bzw. in der Vorlage darum, das Tourismuskonzept zu beschließen, und nicht zu beschließen, dass man morgen eine Brücke baue. Der Beschluss, den Rahmenplan umzusetzen, sei grundsätzlich gefasst worden. Der sei in einem Teilbereich bereits umgesetzt. Jetzt ginge es darum, das Tourismuskonzept zu beschließen, so dass man die Möglichkeit habe, den Eingang in den Sport- und Freizeitpark, der der erste Baustein sein solle, zu gestalten. Da sei dringend Handlungsbedarf. Die Verkehrswege seien der Nutzung nicht mehr angemessen. Man müsse dringend auch Möglichkeiten für Radfahrer und Fußgänger herstellen, die im Moment nicht vorhanden seien. Es ginge also nicht darum, zu beschließen, dass man sofort eine Brücke baue, sondern das Tourismuskonzept zu beschließen. Damit man im nächsten Jahr möglichst schnell in die Umsetzung des ersten und zweiten Bauabschnitts einsteigen könne, den Eingangsbereich und insbesondere die Spange vom Zeltpalast bis zum kleinen Kreisel. Da sei dringender Handlungsbedarf. Dafür sei dieses Konzept notwendig.

Stadtratsmitglied Schmitt (CDU) bestätigt, sie könne die Worte von Stadtratsmitglied Tinnes nur unterstreichen, dass die Planungen sehr zukunftsweisend seien. Es gehe darum, in eine Richtung zu gehen, in der die Stadt Merzig sich weiterentwickle. Sie befände die Planungen für Mut machend und sie böten Chancen für Merzig und die Umgebung- für Merzig als Kernstadt und alle Stadtteile. Es ginge um eine visionäre Planung und nicht um klein, klein. Gemeldet habe sie sich aber hauptsächlich aufgrund des Satzes „reflexhafte Ablehnung von Anträgen“. Dagegen wolle sie sich ausdrücklich verwahren. Man versuche sachlich zu diskutieren und zu umsetzbaren Dingen zu kommen.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, man verlagere nun Dinge aufgrund der Situation, dass an der Umgehungsstraße – d.h. die Verbindungsstraße von Hilbringen nach Merzig – eine beiderseitige Bushaltestelle installiert worden sei. Wer komme da auf die Idee, von Merzig nach Hilbringen zu Fuß zu gehen, wenn er mit dem Bus fahren könne. Oder mit dem Rad dorthin zu fahren. Es sei ganz klar die Frage, man werde vom Bus dort abgeholt und abgesetzt. Man mache die Innenstadt öde, da müsse er widersprechen, mit dem Angebot des Parkens auf der anderen Seite das Bequeme der Autofahrer zu unterstützen.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) wendet sich an Stadtratsmitglied Temmes und erklärt, die Bushaltestellen, die auf der anderen Saarseite eingerichtet worden seien, stünden insbesondere im Zusammenhang mit dem Mitfahrerparkplatz. Diese würden besonders von den Menschen angenommen, die aus Luxemburg pendeln und dort ihr Fahrzeug stehen hätten. Man habe damals mit dem Parkraumkonzept genau das beschlossen. Man wolle die Pendler, die nicht in die Stadt fahren würden, aus der Stadt raushalten. Genau dafür seien die Parkflächen und Bushaltestellen da. Diese hätten überhaupt nichts mit dem Sport- und Freizeitpark zu tun. Abgesehen davon böten sie sich tatsächlich für Menschen an, die in den Sport- und Freizeitpark, z.B. DAS BAD, kommen und mit dem Bus anreisen wollten. Die Planung

und die Gedanken dafür seien jedoch in einer ganz anderen Sache begründet, als Herr Temmes sie dargestellt habe.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) greift die Erklärung von Ressortleiter Bies auf. Er finde dies im Prinzip richtig, dass mit den Maßnahmen dort vorangeschritten werde. Nur, wenn er einer Vision zustimmen solle, die über eine realistische Umsetzung hinausgehe, sehe er keine Sinnhaftigkeit darin. Das heiÙe zum Beispiel die Brücke, bei der Kostenexplosion, die in Zukunft noch statfinde, mit allen Folgekosten, Abschreibungen, Unterhaltung usw. Es seien einige Projekte enthalten, diese seien für ihn ein Maßstab. Auch wenn sie visionär seien, seien für ihn eben nicht visionär, da sie unrealistisch seien. Das funktioniere nicht und daher könne man nicht zustimmen. Die übrigen Maßnahmen seien, das sei keine Frage, da gäbe es Potentiale und Möglichkeiten. Aber es gäbe zwei, drei Punkte, die könnten die Grünen-Fraktion nicht mittragen.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) betont, es ginge, wie Ressortleiter Bies bereits gesagt habe, einem weiterentwickelten Tourismuskonzept zuzustimmen. Dass man die Möglichkeit habe, auf dieser Basis Zuschüsse zu akquirieren und weitere Projekte aufzurufen. Merzig sei ein Mittelzentrum im Dreiländereck. Man habe einen besonderen Stellenwert, die Lage sei für ein solches Konzept prädestiniert. Wenn man keinen Mut habe, zukunftsorientierte Projekte anzugehen, dann könne man „den Laden auch gleich dicht machen“. Er finde es unmöglich, immer nur mit Brücke oder Parkplätzen anzukommen. Dieses Kleingerede gehe einem so langsam auf die Nerven. Man beschlieÙe nur das Konzept, die Entwicklung sei bisher sehr positiv gewesen. Wenn in fünf bis sechs Jahren kein Geld für die Brücke da sei, werde sie halt nicht gebaut. Es sei eine ewige Diskussion, ob die Brücke notwendig sei oder nicht.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/ FDP) stimme diesem Konzept zu, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur. Dabei denke er insbesondere an „DAS BAD“. Die Zuwegung dorthin sei nicht optimal. Da hoffe er auf eine Verbesserung.

**Beschluss:**

Das Tourismuskonzept wird als fachliche Grundlage zur Umsetzung weiterer Planungen und Maßnahmen im Sport- und Freizeitpark beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	3	0

---

**8 1. Teiländerung und Erweiterung des (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Verbrauchermarkt Pützwies“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf** **2020/639**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) führt aus, es gebe in der Kreisstadt einen Beschluss, der für solche Geschäfte in einer Größenordnung bis 1.000 Quadratmeter gelten solle. Diesen Beschluss solle man schnellstmöglich wiederholen. Man habe zwar gesagt, der gelte nur für die Innenstadt. Aber wenn man nun Brotdorf oder Schwemlingen oder auch in der Innenstadt den Asko nehme, mit einer Vergrößerung von 1.000 auf 1.200 Quadratmeter, so werde es in Brotdorf noch gravierender. Dort würde man von 1.400 auf 1.850 Quadratmeter vergrößern, wobei die 1.400 Quadratmeter im Blick auf den Beschluss für die Innenstadt schon zu viel gewesen seien. Diese sollten ja auch für die Stadtteile gelten. Zudem müsse man, um die

Größe von 1.850 Quadratmeter vorzuhalten, die Nutzung des Grundstücks, die Grundflächenzahl entsprechend erhöhen. Man würde normalerweise bei 0,4, im Industriegebiet bei 0,8 liegen. Aber diese würde auch noch überschritten, damit man die Größe von 1.850 Quadratmetern überhaupt bauen könne.

Ressortleiter Bies erklärt, dazu gebe es einen genauen Bebauungsplan, in dem die Zahlen festgelegt würden, die für das Vorhaben notwendig seien. Da gebe es auch keine Vorgaben, dass man sich in einem gewissen Rahmen bewegen müsse. Zudem habe man ein paar Tagespunkte vorher über die Entwicklung der Stadtteile gesprochen. Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sei ein wichtiger Aspekt, der hier erfolgen müsse und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch erfolgen sollte. Jeder wisse, dass der Tante-Emma-Laden, den man aus romantischen Gründen toll fände, in Zukunft wirtschaftlich nie funktionieren werde. Das habe auch in der Vergangenheit nur funktioniert, wenn die Oma selbst hinter der Theke gestanden habe. Von daher sei es wichtig, die dezentrale Geschichte mit der Versorgung von Waren des täglichen Bedarfs weiter fortzuführen. Es könne nur an den Orten passieren, an denen man zum einen eine relativ hohe Bevölkerungszahl im Stadtteil selbst habe. Das sei in Brotdorf der Fall. Und zum anderen sollten sie verkehrsgünstig liegen, damit Verkehre minimiert würden. Genau deshalb hätten die Märkte in Brotdorf und Ballern gezeigt, dass dies ein Konzept sei, das funktioniere und nicht zum Nachteil der Innenstadt sei. Dies sei ein wichtiger Punkt. Es würden dort keine Waren angeboten, die innenstadtrelevant seien. Man rede über Waren des täglichen Bedarfs zur Nahversorgung. Von daher unterstütze man seitens der Verwaltung diesen Antrag, die Verkaufsfläche zu erweitern, weil der Bedarf offensichtlich da sei. Der Markt laufe ausgesprochen gut und die Nachfrage sei da. Mit der Erweiterung der Verkaufsfläche käme eine Grundstücksfläche dazu, 143 auf 16 Meter, die sich im Eigentum des Antragstellers befindet. Der Parkplatz werde entsprechend verlagert und erweitert. Um genau dem zu entsprechen, was man gesagt habe, dass man parallel zur Verkaufsfläche, die Parkfläche, die zum Parken genutzt werden kann, erweitert. Zum Thema Anlieferung sage er vorab, die Stellungnahme der Stadt beziehe sich auf den Status quo, es gebe sicherlich Optimierungsbedarf. Dazu gehöre das Verfahren, in das die Anregungen des Ortsrates einfließen würden. Vielleicht bekäme man eine zeitliche Staffelung der Anlieferung hin, so dass die Anlieferung dann erfolgt, wenn keine Kunden vor Ort sind, also der Parkplatz frei sei und der LKW mit den Schleppkurven hinkäme. Da sei noch Luft drin.

Stadtratsmitglied Dr. Kost (CDU) bestätigt, der Verbrauchermarkt Rewe werde in Brotdorf sehr gut angenommen. Es sei deutlich zu merken gewesen, dass er an seine Grenzen gestoßen sei. Besonders bei Corona habe man gemerkt, dass teilweise die Abstände, z.B. an der Kasse, nicht hätten eingehalten werden können. Auch unabhängig davon, was als Konzept festgelegt worden sei, es habe sich verändert. Das sei nun live in Brotdorf zu sehen. Was der Rewe plane, sei mehr als vernünftig und der Sache angemessen. Er wolle aber auch die Interessen des Ortsrates vertreten, dessen einziger Vertreter er am heutigen Abend sei. Er habe mit etwas Überraschung gelesen, dass es vom Ordnungsamt nun so angedacht sei, dass die LKW nicht über die Provinzialstraße, sondern über die Pützwiesenstraße anliefern könnten wegen der Gründe, die Ressortleiter Bies genannt habe. Daher bitte er darum, seinen Protest, den er offiziell zu Protokoll gebe, zu berücksichtigen. Dahingehend, dass man es doch vielleicht schaffe, durch zeitliche Entzerrung die Pützwiesenstraße, die morgens durch die LKW und Kühlwagen belastet sei - der Kinderspielplatz sei direkt gegenüber, wie es im Plan mal angedacht gewesen sei - das Ganze auf die Hauptstraße zu verlagern, und nicht durch solche kleinen Nebenstraßen, die noch nicht mal richtig befestigt seien, an der Seite anzuliefern. Dass das Gebiet sich nicht in der Lärmbelastung ändern solle, liege auf der Hand. Es sei gut, dass dies in der Vorlage auch nochmals klargestellt worden sei. Das seien die zwei Hauptanliegen des Ortsrates gewesen, der das Projekt begrüße.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) unterstreicht das von Stadtratsmitglied Dr. Kost (CDU) Gesagte. Brotdorf sei ein sehr großer Ort mit fast 4.000 Einwohnern. Der Rewe-Markt würde sehr gut genutzt. Es sei wichtig, dass man im Verfahren die Dinge, die der Ortsrat angeregt

hat, berücksichtige. Herr Bies habe ja gesagt, dass das durchaus möglich sei, dass die Dinge, die der Ortsrat eingereicht habe, jetzt im Verfahren zum Tragen kämen. Dann sollte man der Vorlage, dem Wunsch des Orsrates und der Bürger zustimmen.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) betont, wie man aus den Wortmeldungen der Grünen-Fraktion entnehmen könne, gehe es eher um eine formale Sache. Er werde regelmäßig von den bekannten Matadoren ans Kreuz genagelt, wenn er alte Stadtratsbeschlüsse hinterfrage. Er zitiere: „Wie kommen Sie darauf, wir haben einen Stadtratsbeschluss. Diese immer zu hinterfragen, stört mich massiv.“ So, jetzt haben wir einen Grundsatz gefasst. Wenn man einen solchen Grundsatzbeschluss habe, müsse man diesen, wenn die Zeit abgelaufen ist, mal aktualisieren. Man könne nicht immer so nach dem Motto machen: Man habe ein Grundsatzurteil gefasst, einen Auwald anzulegen. Jetzt habe man den Beschluss gefasst, einen Kiesweiher anzulegen. Er verstehe das alles nicht mehr. Da müsse man doch zumindest den formalen Schritt machen, wenn neue Entwicklungen kämen, dass man vorhandene Beschlüsse anpasse. Man sei in einem dynamischen Prozess, viel dynamischer als vor 10, 15 Jahren. So schwierig könne das nicht sein, diese eine Zahl im Konzept anzupassen. Dann habe er noch eine Anmerkung zu den innenstadtrelevanten Produkten. Er müsse nun wirklich herzlich lachen. Das habe man damals auch gehabt in der Rieffstraße.

Der Vorsitzende wolle inhaltlich nicht einsteigen, aber noch einen Hinweis geben. Er sei etwas irritiert, da Stadtratsmitglied Borger in der heutigen Sitzung zum zweiten Mal über die Anlegung eines Auwaldes geredet habe. Dies sei nicht richtig. Es sei nicht so beschlossen worden. Es sei beschlossen worden, dass die Verwaltung prüfen solle, wo so ein Wald angelegt werden sollte. Aber man habe sich nicht konkret auf einen Bereich festgelegt. Das sei der Prüfauftrag. Nur, weil man es immer wiederhole, werde es nicht richtiger.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) sehe es grundsätzlich als sehr gut an, dass diese Struktur, Gott sei Dank, in Brotdorf erhalten sei und entsprechend durch Maßnahmen stabilisiert bzw. erhalten bleibe. Er habe aber ein Riesenproblem mit einem grundsätzlichen Gedanken, was im Rat immer ausgeblendet werde, nicht nur als Grüner, sondern als Landwirt: das stetige und immer weitere Versiegeln von Flächen, die nicht mehr anders genutzt werden könnten, als bebaut zu werden. Man erweitere nicht die Fläche des Gebäudes allein, sondern auch die Erweiterung der Parkflächen sorgte dafür. So, wie er das erkenne, gebe es keine andere Ausgleichsmaßnahme, dass andere versiegelte Flächen deswegen wieder aufgerissen würden, damit sie ihrer natürlichen Funktion des Bodens dienen. Er habe ein Riesenproblem damit, dass man immer weiter so arbeite, das werde nicht mehr, der Boden sei endlich. Wenn man alles versiegelt, habe man auch ein Problem. Da habe er einen Ansatz, mal grundsätzlich darüber nachzudenken.

Ressortleiter Bies erklärt, im Bebauungsplanverfahren würden all diese Fragen behandelt. Wenn Flächen versiegelt würden, werde Ausgleich geschaffen. Das sei Teil des B-Plan-Verfahrens.

### **Beschluss:**

1. Einleitung des Verfahrens zur 1. Teiländerung und Erweiterung des (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes „Verbrauchermarkt Pützwies“ mit Vorhaben- und Erschließungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan für den Teilbereich A) im beschleunigten Verfahren. Der Teilbereich A soll hierbei als vorhabenbezogener Bebauungsplan teilgeändert und erweitert und der Teilbereich B in einen nicht-vorhabenbezogenen Bebauungsplan geändert werden.
2. Billigung des vorgelegten Entwurfs, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) mit Textteil (Teil B) und der Begründung.

3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Planes, der Begründung und der weiteren Anlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt sein kann gem. § 4 Abs. 2 BauGB und Benachrichtigung und Beteiligung der Nachbargemeinden über die Auslegung gem. § 2 Abs. 2 BauGB.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	3

- 8.1 **1. Teiländerung und Erweiterung des (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Verbrauchermarkt Pützwies“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf**

**2020/639-001**  
geändert beschlossen

**Beschluss:**

Es soll versucht werden, den Anregungen des Ortsrates Brotdorf, den Anlieferverkehr durch LKWs nur noch über die Provinzialstraße erfolgen zu lassen und durch die geplante Änderung der Sondergebietsfläche für ein Bistro in eine Mischgebietsfläche sicherzustellen, dass keine Schlechterstellung für die dortigen Anwohner zu erwarten ist, im Rahmen der weiteren Planung und des weiteren Verfahrens Rechnung zu tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	3

- 9 **"Fahrradfahrer, Fußgänger und Umwelt schützen"; Antrag B90/Die Grünen vom 23.09.2020**

**2020/672**  
abgelehnt

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) begründet den Antrag der Grünen-Fraktion. Nach Abschluss der Umbaumaßnahmen und der Freigabe des Verkehrs zwischen Merzig und Hilbringen und umgekehrt seien verschiedene Probleme und Gefahrenbereiche identifiziert und zeitnah behoben worden bzw. würden behoben. Man könne unterschiedlicher Meinung sein, wie weit das geführt habe oder wie weit das führen werde oder wie weit diese Verbesserungen stattfinden. Insgesamt hätten die Ampelanlagen jedoch auch dazu geführt, vermehrt festzustellen sei, dass wesentlich schneller gefahren werde, nicht nur, um vor der nächsten Rotphase über die Ampel zu fahren. Man sollte sich Gedanken machen, wie man sich verhält, wenn man selbst so eine Straße befahre. Man verhalte sich so. Und andere mehr oder weniger sogar skrupellos. Man wolle Fahrradfahrer und Fußgänger schützen. Der Grünen-Fraktion sei die Rechtfertigung, dass regelkonform gebaut worden sei, eigentlich egal. Das interessiere sie nicht, wenn es zu so hoch gefährlichen Situationen käme, wie es tagtäglich der Fall sei. Da gebe es im Moment nur eine Maßnahme, die dieses Gefahrenpotential zumindest verringere. Deshalb solle der LfS grundsätzlich aufgefordert werden, zwischen Hilbringer Schloss und Landratsamt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h zu veran-

lassen, um Fußgänger, Fahrradfahrer und die Umwelt zu schützen. Jeder, der sich das Verkehrsgeschehen außerhalb der Hauptverkehrszeit anschau, werde feststellen, dass die Ampeln dazu geführt hätten, dass sehr schnell gefahren werde. Umso größer die Hoffnung sei, noch die Grünphase zu erreichen oder noch bei Rot über die Ampel zu fahren. Für die Fraktion der Grünen stehe die Gesundheit der Menschen im Vordergrund. Die Saarbrücker Zeitung habe völlig zu Recht getitelt „Regelkonform, aber dennoch lebensgefährlich“. Solange hier alles noch lebensgefährlich sei, solange einem der Schutz der Mitbewohner und Gäste wichtiger sei, als Standards und Begründungen, um etwas abzulehnen. Man habe sogar schon die Situation gehabt, in der der LfS die Geschwindigkeit aus diesen Gefahrengründen runtergesetzt habe. Als z.B. die Dehnungsfugen der Hilbringer Brücke dementsprechend labil gewesen seien und repariert werden mussten. Heute habe man eine Geschwindigkeitssituation zwischen Hilbringen Ortsmitte und Landratsamt. Daher wolle man darum bitten, diesem Antrag zuzustimmen, nochmals auf den LfS zuzugehen und ihn aufzufordern, eine Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen Hilbringer Schloss und Kreuzung Landratsamt auf 30 km/h zu veranlassen, um Fahrradfahrer und Fußgänger zu schützen.

Der Vorsitzende berichtet, man habe dem LfS und dem Landkreis verschiedene Dinge mitgeteilt – auch diesen Punkt, unabhängig von dem Antrag, den die Grünen-Fraktion gestellt habe. Die verantwortliche Stelle, die dies anordnen könne, sei allerdings der Landkreis. Die Stadt könne und dürfe diesbezüglich nichts unternehmen, auch wenn man sich das so wünschen würde. Es gebe aber auch einen anderen Grund, das sei die StVO.

Ressortleiter Jung erklärt, die Straßenverkehrsordnung kenne tatsächlich zu dieser geforderten Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 km/h zwei verschiedene Rechtsgrundlagen. Das eine sei die Tempo-30-Zonen-Anordnung. Diese sei nicht möglich nach StVO auf Straßen mit überörtlichem Verkehr, auch nicht auf Vorfahrstraßen und insbesondere nicht bei Straßen, die mit Lichtzeichenanlage geregelt seien. Das heiße, eine Zonenanordnung von Tempo 30 schließe sich hier aus. Der zweite Tatbestand sei die Anordnung einer streckenbezogenen Beschränkung auf 30 km/h. Diese sei nur möglich, wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage darstellen, die das allgemeine Risiko auf einer überörtlichen Straße erheblich überstiegen. Da gebe es einige Ausnahmen, in denen dies nicht zutreffen müsse. Dies gelte aber nur innerorts. Und man habe hier großenteils eine außerörtliche Verkehrsführung. Innerorts gebe es Ausnahmen bei Kitas, Schulen, Altenpflegeheimen und Krankenhäusern und zwar im unmittelbaren Bereich. Das sei hier nicht gegeben. Ein weiterer Ausnahmetatbestand auf Bundes- und Landstraßen, der eben aufgeführt worden sei, dass es dies schon mal gab auf der Hilbringer Brücke, sei eine Baustelle. Er berichtet zum Thema, dass dort zu schnell gefahren werde, dass man das vor Ort bei einer Inaugenscheinnahme unterstellen könne. Um dies mit Fakten zu belegen, führe man gegenwärtig eine Langzeitmessung durch an zwei verschiedenen Punkten der Straße. Dies sei aber nichts, was man durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung lösen könne. Jemand, der zu schnell fahre, fahre zu schnell, egal welches Zeichen dort stehe. Dies könne man lösen durch ein Überwachungsthema. Das müsse man anhand der Daten, die man bekomme, diskutieren.

Der Vorsitzende betont, selbst wenn man nicht dafür verantwortlich sei, habe man das selbst auf den Weg gebracht. Man werde die Auswertung vornehmen, ob zu schnell gefahren werde. Sollte dies so sein, so müsse das, wie Ressortleiter Jung es angesprochen habe, über eine Überwachung reglementiert werden.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) berichtet, es sei ja bekannt, dass es bei der Autobahnabfahrt Merzig wieder einen Unfall gegeben habe – wo zwar eine Ampel stehe, die aber nicht in Betrieb sei. Es sei ihm unklar, warum diese Ampel für Rechtsabbieger nicht an sei. Er gehe mal davon aus, dass der Unfall nicht darin begründet gewesen sei, dass zu langsam gefahren worden sei. Daher unterstütze er auf jeden Fall das, was der Vorsitzende gesagt habe, dass Geschwindigkeitsmessungen gemacht würden. Er fahre die Strecke jeden Tag zwei, drei Mal und es sei wirklich so, seitdem die Ampeln da seien, sei der Wettbewerb entstan-

den, noch möglichst schnell über die Ampel zu kommen. Man habe ja schon ein großes Problem gehabt. Wenn er sehe, dass für eine Dehnungsfuge Tempo 30 gemacht werde. Ihm sei eine Dehnungsfuge nicht so viel wert, wie die Unversehrtheit der anderen Verkehrsteilnehmer. Dass nach wie vor massive Gefahrenpunkte da seien, sei auch allseits bekannt. Daher habe man im eigenen Antrag so geschrieben „bis diese Gefahrenpunkte abgestellt sind“. Der LfS könne nicht sagen, es gebe keine Gefahrenpunkte. Es gebe ja acht Punkte und es werde im Moment auch gearbeitet. Man würde ja nicht nacharbeiten, wenn keine Gefahrenpunkte da wären. Zumindest für die Zeit, bis diese offenkundigen Gefahrenpunkte abgestellt sind, solle etwas gemacht werden.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, die Strecke von der Mechnerer Straße bis zur neuen Ampelkreuzung betrage 1,3 Kilometer. Wenn man konstant 50 km/h fahren würde, bräuhete man dafür 1,5 Minuten. Aber diese konstante Fahrt könne man nicht haben, da nach den ersten 90 Metern eine Fußgängerampel sei. Nach weiteren 300 Metern käme die Ampel zur Autobahn. Nach weiteren 90 Metern sei eine Ampel zur Tankstelle. Nach weiteren 240 Metern sei die nächste Ampel an der Bushaltestelle. Erst 460 Meter weiter sei man dann an der Ampelkreuzung. Wenn man das so durchfahre, habe man eine Geschwindigkeit von etwa 30 bis maximal 35 km/h. Bei jeder Ampel müsse man auf seinen Vordermann achten, müsse den nötigen Abstand wahren, und müsste angemessen fahren, und nicht noch eine grüne Ampel sehen und schnell noch Gas geben, damit man noch durchkomme. Auf der anderen Seite, die Bundesstraße B51 gehe auch durch die Ortslage Ayl. Er denke, dass die zur Bundesrepublik Deutschland gehöre im Kreis Saarburg. Dort gebe es eine 30er Zone mitten im Dorf.

Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) führt aus: „Der Antrag wird u.a. damit begründet, dass der Umbau des betreffenden Streckenabschnittes auch dazu geführt habe, dass vermehrt festzustellen sei, dass wesentlich schneller gefahren werde, um nicht in die nächste Rotphase zu gelangen. Diese subjektive Wahrnehmung ist aber durch keine erkennbaren Fakten untermauert. Es handelt sich um eine Landstraße 1. Ordnung, die in mehreren Abschnitten umgebaut werden musste, um die vorhandenen Verkehrsmengen ohne vermeidbare Beeinträchtigungen über den vorhandenen Straßenkörper führen zu können. Dabei spielt folgerichtig auch die zulässige Höchstgeschwindigkeit eine nicht unerhebliche Rolle in Bezug auf die Leistungsfähigkeit des gesamten aufeinander abgestimmten Straßensystems. Bei einer flächendeckenden Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h – wie im Antrag gefordert - wäre die Leistungsfähigkeit aber in erheblichem Maße reduziert, was das Ziel der getroffenen Baumaßnahme unzweifelhaft in Frage stellen dürfte. Nicht umsonst wird eine solch drastische Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf qualifizierten Straßen grundsätzlich abgelehnt. Deshalb ist es zunächst erforderlich, die subjektiven Behauptungen durch Fakten beweiskräftig belegen zu können. Wie Herr Jung zuvor dargelegt hat, arbeitet die Stadt Merzig derzeit daran, belastbare Geschwindigkeitsdaten zu erheben. Diese Daten liegen aber noch nicht vor, so dass der Antrag schon aus diesem Grunde nicht annahmefähig sein kann. Unabhängig davon ist selbst aus der Antragsbegründung zu erkennen, dass sich die zuständigen Stellen bereits seit Beginn der Freigabe des Straßenverkehrs mit der Verbesserung erkannter Schwachstellen befassen, da bei Maßnahmen solcher Größenordnungen meist Nachbesserungsbedarf festzustellen ist. Als Beispiel möchte ich den ehemaligen sog. Hela-Kreisel selbst aufführen. Nicht einmal 1 Woche nach dessen Freigabe wurde der Innenkreis von einem LKW beschädigt, weil er bauliche Mängel aufwies, die in der Folge behoben werden mussten. Nicht zuletzt musste der Ursprungskreisel um einen sog. Bypass erweitert werden, um diesen auf die notwendige Leistungsfähigkeit zu erweitern. Aus den genannten Gründen wird die SPD-Fraktion den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen.“

### **Beschluss:**

Den Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion, dass die Verwaltung den Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) auffordern soll, eine Geschwindigkeitsbeschränkung zwischen Hilbringer

Schloss und Kreuzung Landratsamt auf 30 km/h zu veranlassen, um Fahrradfahrer, Fußgänger und Umwelt zu schützen, lehnt der Rat ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	24	0

---

## 10 Zukünftige Nutzung des städtischen Waldes

---

### 10.1 Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020

2020/617-001  
abgelehnt

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt: „Durch die dramatischen Witterungsverläufe der letzten 3 Jahre mit ihren bislang nie dagewesenen Auswirkungen auf den Wald müssen wir auch in Merzig, so wie es die Landesregierung vor kurzem festgestellt hat, den Wald neu denken. Ich betone einmal das Wort Wald und die Aufforderung zum neu Denken! Durch die jüngsten Beschlüsse zur Kündigung des Naturlandzertifikates, die geplante stärkere wirtschaftliche Ausrichtung auf Grundlage dieses völlig untauglichen Forstgutachtens (dazu komme ich im weiteren Verlauf der Sitzung noch) ist eine klare Positionierung des Stadtrates überfällig, wie es mit dem Stadtwald als dem Wald der Bürgerinnen und Bürger weitergehen soll. Wir als Grüne Fraktion machen uns nicht nur vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Entwicklung bzw. Belastung unser Wälder im Zuge des laufenden Klimawandels große Sorgen, sondern auch wegen des überall sichtbaren sehr rabiaten Umgangs mit unserem Wald. Wir wollen einen behüteten Bürgerwald und keinen geschundenen Holzacker. Deshalb ist es notwendig, die Bedeutung des Waldes in der Tat neu zu denken. Insofern sollte der Stadtrat die zunehmende Bedeutung des Stadtwaldes für die Wohlfahrtswirkung der Allgemeinheit, für den Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität anerkennen und diese Waldfunktionen gegenüber der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes priorisieren. Diese Forderung gründet auf einem richtungsweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts, was in den klassisch orientierten Forst-Wirtschaftskreisen gehasst und ignoriert wird: „Die Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes dient der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes, nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse“. Wir wollen deshalb, dass der Stadtrat den unter OB Lauer und der SPD-Mehrheit einstimmig beschlossenen Grundsatzbeschluss vom 29.06.1995 erneuert. Also eine bundesweit vorbildliche Bewirtschaftung nach dem Lübecker Waldkonzept und vor allen Dingen keine Waldzerstörungen durch den Einsatz von Großmaschinen. Im Gegensatz zum CDU-Fraktionsvorsitzenden, der den Truppenübungsplatz als Leitbild für Artenvielfalt favorisiert, wollen wir einen Wald, dem man gar nicht ansieht, dass darin gewirtschaftet wird, also so, wie dass eine zwischenzeitlich bundesweit beachtete Waldbesitzerorganisation in vielen Mitgliedsbetrieben auch finanziell höchst erfolgreich macht. Der damalige Beschluss hat an Aktualität nichts verloren und eine konsequente Umsetzung würde, wie schon im Lübecker Stadtwald, bundesweit Maßstäbe setzen. Wir wollen aber auch die Bevölkerung über einen Waldkodex die Grundsätze einer schonenden Waldbehandlung auf einfachem Weg näher bringen und es dem Waldbesucher ermöglichen zu beurteilen, was naturnah und was nicht naturnah ist. Grundlage wäre der Waldkodex für den Staatswald, der aber für unseren Wald und die aktuelle Schadenssituation und hinsichtlich der Priorisierung des Schutzes gegenüber der Nutzung angepasst werden müsste.“



Fraktionssprecher Auweiler (CDU) betont, er wolle nur kurz auf die Sache mit dem Truppenübungsplatz eingehen. Als guter Grüner, der vielleicht nicht nur im Wald unterwegs sei und seine Bäumchen pflege, würde er vielleicht wissen, dass die Truppenübungsplätze in Deutschland an Artenvielfalt kaum zu übertreffen seien. Gerade, wenn man als Merziger den Wolf sehe, der sei überwiegend auf Übungsplätzen zuhause. Aber man wolle sich heute nicht um Truppenübungsplätze kümmern, sondern um den Wald. Der Antrag der Grünen-Fraktion gehe der CDU viel zu weit. Man müsse berücksichtigen, dass der Kommunalforst verschiedene Interessen ausgleichen müsse. Es ginge nicht darum, wie einige Forstbetriebsgemeinschaften es haben wollten. Es ginge auch nicht darum, wie einige Privatwaldbesitzer, die ihr Gebiet nur zur Jagd nutzten, es haben wollen. Es ginge tatsächlich darum, dass man einen Interessenausgleich habe. Deshalb habe die große Koalition den Antrag gestellt. Man wolle auch nicht das eigene Gewissen entlasten, indem man sage, man wolle in der Art und Weise kein Holz mehr haben. Wo bekäme man dann das Schwenkerholz her, das Bauholz, das Papierholz? Man wolle sein Gewissen nicht entlasten, indem man andere Regionen belaste. Vor allem, da man als große Koalition gemeinsam einen Antrag eingebracht hätte, dass man weiterhin ESC-zertifizierte Waldflächen in Merzig haben wolle. Zum zweiten Punkt sei es schade, der Vorredner habe es eben gesagt „Wald neu denken“, und hole dann ein Papier aus dem Jahre 1995 raus. Man habe das im Rahmen der ESC-Zertifizierung zum Ausdruck gebracht, dass man nach wie vor die naturnahe Waldbewirtschaftung hier wolle. Das wolle man auch weiterhin umsetzen. Es sei auch Augenwischerei, wenn man im Antrag Dinge formuliert mit Ziffern und nicht klar benennt, dass man sich gegen Arbeitsschutz mit modernen Mitteln ausspricht. Wenn man Teilnehmer der AG gewesen wäre, wüsste man, worüber man hier rede. Man hätte auch mit Sicherheit auch einige Ideen eingebracht. Aber Herr Dyck habe ja bereits beim letzten Mal gesagt, dass die Grünen-Fraktion dort mit Abwesenheit gegläntzt habe. Wenn man in vielen Reden sage, und das mache der Vorredner auch, dass das Forstgutachten, da komme er zum dritten Punkt des Grünen-Antrags, bereits 2017 zu alt gewesen wäre, wieso komme er dann mit dem Waldkodex von 2011 oder mit dem Stadtratsbeschluss von 1995. Der Waldkodex sei noch aktuell, er habe da eine Anfrage ans Umweltministerium gemacht. Aber teilweise auch überholt, wie das Ministerium mitgeteilt habe. Viele Punkte des Waldkodex unterstreiche er eins zu eins. Aber einige Dinge seien eben auch überholt, auch ideologisch, was ihm bestätigt worden sei. Man könne stolz darauf sein, dass man eigene Punkte erarbeitet habe, und wolle auch selbstbewusst mit diesen Arbeiten punkten, praktisch das Leitbild hier erneuern. Ihm sei ferner eine Sache bei dem Waldkodex aufgefallen. Da könne er nur den Kopf schütteln in Richtung grüne Fraktion, nicht nur an den Vorsitzenden, dass man als Grüner Wald vor Wild haben möchte – also eine Priorisierung durchführen möchte. Es sei vollkommen klar, dass der Wald teilweise unter erheblichem Verbiss leide. Man müsse aber auch beim Aufbau klimastabiler Wälder darauf achten, da sei die CDU dafür. Aber, dass der Antragsteller – klar, als ehemaliger Landesvorsitzender der ökologischen Jäger, doch als Grüner sage, Wald vor Wild, das halte er für absolut desolat. Man solle kein Naturgut über das andere stellen. Das sei nicht das, was man wolle. Man wolle Wald und Wild und Mensch haben, keine Priorisierung. Deshalb habe die große Koalition im Antrag festgehalten, dass man nicht an 1995 festhalten wolle. Man wolle einen griffigen Beschluss auf den Weg bringen, mit Klimaverbesserungen. Deshalb habe man viele Anträge unterstützt: Aufforstung, Artenvielfalt, auch mit Referenzflächen, die man wolle. Aber auch Erholung, Tourismus und als Quelle nachwachsender Rohstoffe. Das solle der Interessenausgleich sein, den man als große Koalition auch nach außen deutlich machen wolle. Man wolle neben den gesetzlichen Vorgaben wichtige Ziele, die auch vom NABU und von anderen Verbänden anerkannt worden sind, nach vorne bringen. Man wolle den Wald neu denken mit den Dingen, die man in der AG über Jahre erarbeitet habe, ohne die Teilnahme der Grünen. Daher würde er begrüßen, wenn die Grünen nicht wildfeindlich seien, sondern den Antrag der großen Koalition unterstützen würden.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) antwortet, zu den „Fake News“, die Herr Auweiler verbreite, werde er nicht Stellung beziehen. Das, was die große Koalition in ihrem Antrag fordere, sei genau das, was die jetzigen Forstgesetze als ordnungsgemäße Forstwirtschaft definier-

ten. Wohin habe diese geführt? Deutschlandweit würden die Forste absterben – nicht die Wälder, die Forste. Zum FSC: Das habe er damals ins Saarland geholt, mittlerweile unterscheidet es sich nicht mehr von PFC, also von unterdurchschnittlich. Die großen Kahlschläge in Skandinavien trügen alle FSC-Zertifikate. Ein Zertifikat spreche also nicht unbedingt für Qualität. In Merzig habe man eines gehabt, das etwas mehr für Qualität gesprochen habe. Das habe man gekündigt. Zum Thema Waldkodex wolle er noch sagen, dass ein Staatssekretär keinen solchen schreibe. Dieser sei von der Fachabteilung gemacht worden und vom Saarforst-Landesbetrieb. Bezüglich des Ausspruchs „Wald vor Wild, führe er an, in Bayern, beim politischen Hoffnungsträger der CDU, Markus Söder, gelte der Grundsatz Wald vor Wild. Dies nur mal als Hintergrund. Zudem stünde im Organisationsgutachten das Thema Wildschäden an erster Stelle, als kurzfristig zu lösende Aufgabe. Aber, wie er der Verwaltungsvorlage entnehme, solle dies jetzt auch auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen sei.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) geht auf das Gesagte des Vorredners ein und führt an, wenn man von „Fake News“ spreche, sei man als Staatssekretär anscheinend für nichts verantwortlich, was in seinem Bereich gemacht werde. Er habe beim Umweltministerium angefragt, und gerade bei der Wald-vor-Wild-Problematik, das wisse Herr Borger als ehemaliger Jägermeister, dass dies von der Hausspitze und den Fachleuten des Umweltministeriums heute so nicht mehr unterschrieben werden würde, was Herr Borger gefordert habe. Die Wald-vor-Wild-Forderung, die 2011 vom damaligen Umweltstaatssekretär in den Waldkodex aufgenommen wurde, ist aus hiesiger Sicht zu plakativ und zu einseitig. Minister Jost wolle mit Blick auf die Wald-Wild-Problematik ideologiefreie Lösungen erarbeiten. Deshalb trage man dies nicht mit, wenn es ideologiebehaftet sei. Aber dann müsse Borger auch den Kolleginnen und Kollegen seiner Fraktion sagen, obwohl er als Staatssekretär nicht verantwortlich gewesen sei, was er damit meine „Wald vor Wild“. Es spreche nichts dagegen, dass man den Bissdruck mindern müsse, teilweise auch erheblich, um einen klimastabilen Wald aufzupflanzen. Dazu habe er den Entwurf zum Jagdgesetz Borgers von 2011 gefunden, der glücklicherweise nicht zur Abstimmung gekommen sei. Da werde im Vorblatt des Gesetzesentwurfs geschrieben: §12 Bewirtschaftungsgebiet – das werde Borger noch wissen - es sollten die Muffelwildbestände im Saarland zum Erlöschen gebracht werden. Wenn er hier als Grüner davon spräche, Wildbestände zum Erlöschen zu bringen, da könne er nicht mitgehen. Er habe eben gesagt, die verschiedenen Naturgüter sehe er gleich. Er würde sich wundern, wenn seine Fraktion in der Gänze diesem tierfeindlichen Antrag folgen und mitstimmen werde. Die große Koalition wolle einen Ausgleich schaffen, einen Interessensausgleich, ideologiefrei, so wie Umweltminister Jost das heutzutage auch will. Deshalb trage man den Antrag der Grünen nicht mit.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erwidert, er habe nicht gewusst, dass Muffelwild ein urtypisches Wild hier vor Ort sei. Er solle mal in Australien und Neuseeland fragen, mit welchen Problemen man dort zu kämpfen habe mit Tieren, die eigentlich nicht für dieses Biotop geeignet seien und daher Probleme brächten. Es sei ein CDU-Minister, der dieses verlangt habe. Er habe ohnehin ein Problem damit, dass viele Beschlüsse, die im Rat getroffen würden, von der SPD in Zusammenarbeit mit der CDU beschlossen würden. Man habe einen Umweltminister, mit dem er stetig Diskussionen führe in den Bereichen Landwirtschaft, Kulturlandschaft usw. Er schätze ihn sehr, die SPD-Fraktion in Merzig offenbar nicht.

Der Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion lautet: 1. Der Stadtrat erkennt die zunehmende Bedeutung des Stadtwaldes für die Wohlfahrtswirkung für die Allgemeinheit, für den Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität an und priorisiert diese Waldfunktionen gegenüber der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes. 2. Der Stadtrat bekräftigt den entsprechenden, einstimmig beschlossenen Grundsatzbeschluss vom 29.06.1995, der an Aktualität nichts verloren hat. 3. Um der Bevölkerung die Grundsätze einer wirklich naturnahen Waldwirtschaft verständlich und überprüfbar zu vermitteln, sollen für den Stadtwald Merzig die Grundsätze des Waldkodex für den Staatswald übernommen und beschlossen werden.

**Beschluss:**

Der Antrag wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	22	2

---

**10.1 Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag 2020/695**  
**.1 der CDU/SPD-Fraktionen vom 31.10.2020** ungeändert beschlossen

Der Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen lautet: Der Stadtrat beschließt, die zunehmende Bedeutung des städtischen Waldes in Bezug auf Klimaverbesserung, Artenvielfalt, Erholung, Tourismus und Quelle nachwachsender Rohstoffe aus naturnaher Bewirtschaftung anzuerkennen und neben den gesetzlichen Vorgaben und den Inhalten der FSC-Zertifizierungen die durch die AG Forst entwickelten Handlungsrichtlinien im Bürgerwald Merzig konsequent zur Anwendung zu bringen.

**Beschluss:**

Dem Antrag wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	3	2

---

**10.2 "Waldschutz statt Forstnutz"; Antrag B90/Die Grünen vom 2020/655**  
**18.09.2020** abgelehnt

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt zum Antrag: „Der Gesundheitszustand des Saarwaldes hat sich, auch bedingt durch die letzten Dürrejahre, dramatisch verschlechtert. Der Stadtwald Merzig ist ebenfalls betroffen. Bisherige Überlegungen zur Bewirtschaftung des Stadtwaldes oder zur Organisation sind durch die jüngsten Entwicklungen hinfällig geworden. Diese Zielsetzung passt nun weder zu einem zeitgemäßen Umgang mit dem Bürgerwald, noch mit den nach 2017 eingetreten massiven Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald. Wer jetzt noch den öffentlichen Wald vorrangig als Einnahmequelle betrachtet, den kann man eigentlich nicht mehr ernst nehmen. Als Reaktion auf die dramatische Entwicklung in den Wäldern wollen wir, dass: ältere Bäume mit einem Alter von über 100 Jahren mit ihrer breiten genetischen Information und hohen Bedeutung für den Artenschutz geschützt werden. Abgestorbene Bäume, wie es die Landesregierung empfiehlt, nicht mehr genutzt werden. Private Waldbesitzer im Stadtgebiet, die nicht in einem forstwirtschaftlichen Zusammenschluss organisiert sind, sind mit Rat und Tat bei der Bewältigung dieser Waldkrise zu unterstützen. Es stimmt übrigens nicht, dass beim Saarforst mehr Mitarbeiter für die Privatwaldbetreuung arbeiten. Gemeinsam mit den örtlichen Umweltverbänden, Bürgerinitiativen etc. einen Entwurf für ein KlimaWaldProgramm für den Stadtwald zu erarbeiten. Ge-

meinsam mit der örtlichen Jägerschaft ein Konzept zu erarbeiten, wie der durch zahlreiche Inventuren belegte massive Verbissdruck und die daraus folgende Entmischung (Verlust zahlreicher Mischbaumarten) des Stadtwaldes reduziert bzw. verhindert werden kann. Dass die Verwaltung ihrerseits einen Vorschlag unterbreitet, größere Waldflächen nutzungsfrei zu stellen (mindestens 30% des Stadtwaldes) und dem Naturschutz und der naturgebundenen Erholung zu widmen. Die Fraktionen sollen hier eigene Vorschläge einbringen, wir als Grüne Fraktion haben das schon getan. Wir beantragen zu diesen Einzelabstimmung.“

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) erklärt: „Wir lehnen den Antrag ab, denn das Nutzen des Waldes steht in keinem Widerspruch zu seiner naturnahen Erhaltung. In ihrem Antrag behauptet die Grüne-Fraktion, dass die bisherige Bewirtschaftung des Stadtwaldes durch das Klima hinfällig geworden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bewirtschaftung des Stadtwaldes in Merzig orientiert sich an einem naturnahen Wald und einer nachhaltigen, zertifizierten Bewirtschaftung. Dieses Konzept basiert darauf, dass auch bei wechselnden klimatischen Bedingungen so eingeschlagen wird, dass ein naturnaher Wald erhalten bleibt. Das erwähnte Gutachten wurde erstellt, um die Organisationsstruktur des Forstbetriebes auf Effektivität und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Das hat natürlich etwas mit Ökonomie zu tun. Die Stadt und mithin auch wir sind verpflichtet, möglichst sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Aber auch das bedeutet kein Abweichen von der nachhaltigen Bewirtschaftung. Es wird behauptet, dass der Stadtwald vorrangig als Einnahmequelle betrachtet würde. Tatsächlich werden vom jährlichen Zuwachs lediglich rund 74% genutzt. Ich kann es nicht oft genug sagen: Der Stadtwald in Merzig ist ein Vorbild für einen naturnahen Wald. Zu den Antragspunkten: In Punkt 1 wird gefordert, dass Bäume ab einem Alter von 100 Jahren nicht mehr gefällt werden dürfen. Die Hiebsreife zum Beispiel der Laubbäume liegt häufig deutlich über diesem Alter. Dann wäre all die Pflege in den letzten 100 Jahren für die Katz. Dann hätte die Antragstellerin allerdings ihr Ziel erreicht und es gäbe kaum nachhaltig erzeugtes Holz mehr aus unserem Wald. Das Unterlassen von Nutzungen führt zudem zum Ausdünnen der Vorausverjüngung. Durch die Holzernte erfolgt die Nachahmung des natürlichen Absterbeprozesses mit einer kleinflächigen Störung, wie sie auch in Naturwäldern vorkommen kann. Diese Entnahme von Bäumen ist der Motor für eine dynamische Entwicklung der Bestände. Darauf können wir nicht verzichten. Punkt 2 wurde schon einmal abgelehnt. Seitdem hat sich nichts daran geändert, dass Bäume, die abgestorben sind, oder abzusterben drohen, eine Gefahr darstellen. Darüber und über die Rentabilität einer Nutzung ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Und das ist bei unseren Förstern in besten Händen. Punkt 3: Hier fordern Sie kostenlose Ansprechpartner für private Waldbesitzer. An und für sich eine gute Idee. Doch dafür brauchen wir kein Geld auszugeben, denn die gibt es schon: beim Saar-Forst-Landesbetrieb. Punkt 4 verlangt ein Klima-Wald-Programm nach Vorlage von 2012. Dort wurde gefordert: ökosystemverträgliche Holzernteverfahren, waldverträgliche Wildbewirtschaftung, Auflösung von Waldverjüngungsblockaden, Verbesserung der Wasserrückhaltefunktion. All das wurde im Laufe der Jahre so gut es ging umgesetzt. Natürlich gibt es Verbesserungspotential, aber auch neue Ideen und Ansprüche. All das wird regelmäßig in der AG Forst besprochen und gegebenenfalls beschlossen. Punkt 5 behauptet einen massiven Verbissdruck und verlangt eine verstärkte Jagd. Das ist richtig. Verbissdruck gibt es wirklich in unserem Wald. Es gibt unter den Jägern solche, die die Jagd nur als Statussymbol sehen und im Wald kaum zu finden sind, solche, die hegen und pflegen, aber auch solche, die kein Tier stehen lassen. Der beste Platz für eine Diskussion darüber ist die AG Forst. Deshalb wurde das Thema auch am 20. Januar behandelt. Das kann die Fraktion der Grünen natürlich nicht wissen. Ein Vertreter der Fraktion war an diesem Tag, wie an den anderen Tagen auch, leider nicht dabei. Punkt 6 verlangt mindestens 30% des Stadtwaldes nutzungsfrei zu stellen. Nicht nur, dass es allein für dieses Jahr voraussichtliche Mindereinnahmen von 236.000 Euro ergäbe. Es wäre auch dem Wald nicht dienlich.“

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich auf einen Punkt seines Vorredners, auf durch Käferbefall abgestorbene bzw. absterbende Bäume. Absterbende Bäume habe man nie erwähnt. Es gehe nur um abgestorbene Bäume, so, wie der Umweltminister das auch sage,

gleiche Partei wie der Vorredner. Es ginge aber um das, was die Grüne-Fraktion präzisiert habe, um abgestorbene Bäume.

Der Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion lautet: Die Verwaltung wird beauftragt, 1. bis auf weiteres keine alten Bäume mit einem Alter von über 100 Jahren zu fällen; 2. durch Borkenkäfer oder Trockenheit abgestorbene Bäume ungenutzt als Restschirm zu erhalten, soweit diese nicht den Verkehrsraum oder bebaute Bereiche unmittelbar betreffen; 3. die privaten Waldbesitzer, die nicht in einem forstwirtschaftlichen Zusammenschluss organisiert sind, mit Rat und Tat bei der Bewältigung dieser Waldkrise zu unterstützen, da die Wirkungen des Waldes für die Allgemeinheit kein Eigentum kennt (Allgemeingut Wald); 4. gemeinsam mit den örtlichen Umweltverbänden, Bürgerinitiativen etc. einen Entwurf für ein Klimawaldprogramm für den Stadtwald zu erarbeiten (eine Grundlage kann das Klimawaldprogramm Saarland aus dem Jahr 2012 sein); 5. gemeinsam mit der örtlichen Jägerschaft (Pächter) ein Konzept zu erarbeiten, wie der durch zahlreiche Inventuren belegte massive Verbissdruck und die daraus folgende Entmischung (Verlust zahlreicher Mischbaumarten) des Stadtwaldes reduziert bzw. verhindert werden kann; 6. einen Vorschlag zu unterbreiten, größere Waldflächen nutzungsfrei zu stellen (mindestens 30% des Stadtwaldes) und dem Naturschutz und der naturgebundenen Erholung zu widmen. Die Fraktionen sollen hier eigene Vorschläge einbringen.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird – jeweils in Einzelabstimmung über die einzelnen Punkte - abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	24	0

---

### **10.3 "Ein Waldschutzgebiet für Merzig - Pilotprojekt für Walderleben und Biodiversität"; Antrag B90/Die Grünen vom 28.09.2020**

**2020/657**  
vertagt

Der Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion lautet: 1. Flächen im Scheidwald und Merchinger Wald sollen als Waldschutzgebiete ausgewiesen und damit nutzungsfrei gestellt werden. Diese sollen zukünftig als Entwicklungsflächen der Biodiversität und als Wald-Natur-Erlebnis-Gebiete dienen; weitere Flächen sollen als Kernzonen ausgewiesen und komplett nutzungsfrei gestellt werden. Sie sollen ausschließlich einer völlig ungestörten natürlichen Entwicklung dienen; 3. Details dieses Konzeptes (zulässige Handlungen, zu unterlassene Handlungen, Infrastruktur etc.) sollen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung, Vereinen und Interessengruppen erarbeitet werden.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) begründet den Antrag wie folgt: „Deutschlandweit haben wir einen massiven Artenschwund zu beklagen, wobei auch unsere Wälder unmittelbar betroffen sind, weil sie seit 300 Jahren zu Forsten umgewandelt wurden. Wir haben heute keine Wälder im Sinne der Definition mehr, sondern Wirtschaftsförste. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie jung, baumartenarm, strukturarm und im Vergleich zu Naturwäldern artenarm sind. Die intensive Forstwirtschaft hat wesentlich dazu geführt – das ist wissenschaftlich unumstritten -, dass sich der Gesundheitszustand des Stadtwaldes und auch bedingt durch die letzten Dürrejahre dramatisch verschlechtert hat. Das ertragsorientierte so genannte Heißschlagen des Stadtwaldes durch klassische Verfahren rächt sich heute mit voller Wucht. Wie bekannt, wollen wir wie die Landesregierung den „Wald neu denken“ und dabei den Waldschutz priorisieren. Dies ermöglicht eine neue, nachhaltige Wertschöpfung,

nach dem Vorbild des Urwaldes bei Saarbrücken oder z.B. des Züricher Stadtwaldes, dem Sihlwald. Nach Plänen des saarländischen Umweltministers Reinhold Jost soll die Fläche des „Saarbrücker Urwaldes“ im Laufe der nächsten fünf Jahre auf 2.000 Hektar verdoppelt werden. Das ist fast so viel, wie der gesamte Stadtwald in Merzig insgesamt. Hiermit soll das Saarland auch ein Vorbild für andere Bundesländer werden. Der Sihlwald ist ein rund 1.200 Hektar großes schweizerisches Naturschutzgebiet und gehört zum Wildnispark Zürich. Seit dem 1. Januar 2009 ist er der erste, national anerkannte Naturerlebnispark der Schweiz. Beide Projekte sind wahre Vorbildprojekte für Klimaschutz, Artenschutz, Regionalentwicklung, Tourismusförderung und Wirtschaftsförderung. Wir als Grüne-Fraktion wollen so etwas auch für Merzig haben. Merzig hat, mit Ausnahme des Wolfsparks, touristisch sehr wenig zu bieten, was vor allem fehlt, ist ein überregionales Pilotprojekt. Wir wollen Teile des Scheidwaldes und des Merchinger Wald auf Grundlage des § 20b als Waldschutzgebiete ausweisen und damit nutzungsfrei stellen. Diese Flächen sollen zukünftig zu Entwicklungsflächen der Biodiversität und zu WaldNaturErlebnis-Gebieten werden. Details dieses Konzeptes (zulässige Handlungen, zu unterlassende Handlungen, Infrastruktur etc.) sollen unter breiter Beteiligung der Bevölkerung, Vereinen und Interessengruppen erarbeitet werden. Der Stadtwald Merzig als größter kommunaler Waldbesitz im Saarland würde mit einem solchen Waldschutzprojekt - vergleiche Urwald Saarbrücken - ein touristisches und waldökopädagogisches Projekt mit besonderer Strahlkraft in der Großregion darstellen. Die großen Kernzonen würden sich zukünftig zu Hotspots der Biodiversität entwickeln. Weiskirchen, im Vergleich zu Merzig mit kleinem Waldbesitz, macht doch gerade vor, dass Wälder mehr sind als das Klafter Holz. Orscholz hat seinem Baumwipfelpfad und im Merziger Wald wird nur Holz geschlagen. Soll auch in diesem Fall der Zug an Merzig vorbeifahren? Wir bitten darum, dem Merziger Wald eine Chance für mehr Natürlichkeit und unseren Bürgerinnen und Bürgern besondere Orte der Erholung zu geben. Wir bitten aber auch darum, Merzig die Chance zu geben, in der Großregion mit etwas ganz Besonderem aufzuwarten.“

Ressortleiter Gasper ergänzt hier die von der Grünen-Fraktion erbetenen Nachweise. Man habe nicht jeden Tag Untersuchungen im Stadtwald. Man habe das noch nicht initiiert. Man wusste aber, dass es solche Untersuchungen gebe. Dies führe er nun auf:

#### *Nachweisarten*

- ☞ Zum „Grünen Koboldmoos“: Fundort Abt. 307.0.2; „*Buxbaumia viridis*“ im Merziger Kammerforst

*„In Europa ist das Grüne Koboldmoos weit verbreitet, tritt aber nur selten und sehr sporadisch auf. In Deutschland ist die Art sehr selten geworden und aktuell nur noch im Bergland – in Thüringen, Baden-Württemberg, Bayern sowie in Sachsen-Anhalt – nachweislich vorhanden.“ (Quelle: Natura 2000; Grünes Koboldmoos (*Buxbaumia viridis*))*

*Bestandsaufnahme xylobionter Käfer (holzbewohnende Käfer) in zehn Waldgebieten des Saarlandes (Auszüge aus „Xylobionte Käfer im Saarland 2014“ von Dr. Georg Möller)*

- ☞ Nr. 27: Grohswald (Gemarkung Bietzen/Merchingen):

*Der Altbestand auf dem Höhenrücken zwischen Merchingen und Honzrath gehört zu den qualitativ hochwertigsten aller 32 im Alt- und Totholzprogramm zu bearbeitenden Waldgebieten. Während der Ersterfassungsarbeiten 2014 riefen Hohлтаuben und Waldkäuze – keine Selbstverständlichkeit in saarländischen Wäldern bzw. in den 32 Untersuchungsgebieten. Das Angebot an stehendem und liegendem Totholz ist breit gefächert mit Dominanz bei Rot- und Hainbuche. Auffällig bzw. überdurchschnittlich ist ferner die Zahl der Großhöhlenbäume.*

*Als Nachweis für das Saarland wurde 2014 am Wilden Waldweg der Kammfühler-Dornhalskäfer *Isorhipis marmottani* gefunden (7mm, © Christoph Benisch).*

*Blauer Scheinbockkäfer *Ischnomera caerulea* – Neu für das Saarland:  
Er ist im Saarland selten: 2014 wurden wenige Tiere im Geisfeld und im Grohswald nachgewiesen.*

■ Nr. 28: Seitert (Hilbringen):

*Nachweis von drei in Bezug auf die Habitatausstattung anspruchsvoller Arten und Neufunde für das Saarland belegt.*

*Der Rippen-Kurzflügelkäfer *Thoracophorus corticinus* ist ein Neufund für das Saarland. Für das Saarland ist die Art als Indikator für eine überdurchschnittliche Kontinuität der Ausstattung mit ungestört alternden Habitatbaumstrukturen zu werten. eipunkt-Pilzkurzflügler *Sepe-dophilus bipustulatus* – Neu für das Saarland 2014:*

*Die Art ist bundesweit als vom Aussterben bedroht eingestuft.*

*Eine durch gezielte Förderung ansteigende Dichte an Trittsteinen verpilzter Starkholzstrukturen erlaubt auch dieser offenbar flugtüchtigen Art die Besiedlung lange verwaister bzw. isolierter Altholzstandorte.*

*Der bundesweit als stark gefährdet eingestufte Düsterkäfer *Melandrya barbata* ist neu für die Fauna des Saarlandes.*

■ Nr. 29: Auf Homburg (Gemarkung Mondorf):

*Als Beleg für die Bedeutung als Trittsteinhabitat konnte bisher der Rheinische Mulmpflanzenkäfer *Allecula rhenana* als Urwaldreliktart nachgewiesen werden. Hinzu kommt z.B. der bundesweit gefährdete Kurzflügelkäfer *Hypnogyra angularis*.*

*Wald-Info-Post zum Projekt „Wertvoller Wald“*

■ *Vom NABU Landesverband eingereicht*

■ *Ziel des Projekts: „Wertvoller Wald durch Alt- und Totholz“*

*Vorkommen holzbewohnender Insekten:*

■ *Die jeweils artenreichsten Flächen waren Nr. 6 Oberlösterner Schweiz und Nr. 14 Quierschied, Nr. 27 Merzig Merchinger Wald und Nr. 15 Felsenweg St. Arnual.*

■ *Im Merchinger Wald in Merzig wurden zwei für das Saarland neue Arten nachgewiesen: der Kammfühler-Dornhalskäfer (*Isorhipis marmottani*) und der seltene Blaue Scheinbockkäfer (*Ischnomera caerulea*).*

*Artenvielfalt der vorkommenden Brutvögel:*

■ *Im Hinblick auf die Artenvielfalt der in den untersuchten Flächen vorkommenden Brutvögel schnitt die Untersuchungsfläche Nr. 30 Merzig-Schwemlingen am besten ab. So konnten in Merzig-Schwemlingen beispielsweise der Grünspecht (*Picus viridis*), der laut Bundesartenschutzverordnung als streng geschützte Art gilt, und der Kuckuck (*Cuculus canorus*), der im Saarland als gefährdet und nach EU-Vogelschutzrichtlinien als geschützte Zugvogelart gilt, nachgewiesen werden.*

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) erklärt, er schätze Diskussionen, aber man habe am heutigen Abend gemerkt, dass wieder unterschwellig Angriffe auf Ratsmitglieder gestartet worden wären, was der Diskussionskultur nicht helfe. Lebhaft diskutieren solle man in der Demokratie, aber nicht persönlich werden. Er stelle für den Tagesordnungspunkt einen Vertagungsantrag. Die CDU sei für die FSC-Bewirtschaftung und unbewirtschaftete Referenzflächen. Darüber hinaus habe man einen Antrag gestellt, diese Flächen zu prüfen, nicht nur eigene Flächen, sondern auch Flächen der Verwaltung, und jene, die vom NABU zugesendet worden seien. Es sei eine Selbstverständlichkeit gewesen, als der Antrag der CDU im Hauptausschuss gewesen sei, dass es der CDU-Fraktion wichtig sei, die Anträge erst in den Ortsräten zu haben. Denn bei Natur und Artenschutz müsse man die Bevölkerung mitnehmen. Er wundere sich, dass dies vom Antragsteller, der Grünen-Fraktion, nicht kam. Man poche ja permanent auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, aber wenn es um die eigenen Themen gehe, wolle man das anscheinend nicht ganz an erster Stelle haben. Deshalb stelle die CDU-Fraktion den Vertagungsantrag. Man wolle, dass zuerst für diesen An-

trag der Ortsrat Schwemlingen gehört werde. Er bitte aber gleichzeitig die Verwaltung um Prüfung - da dies in der CDU-Fraktion so angesprochen worden sei - die Anrainer-Ortsräte Büdingen, Weiler Wellingen fühlten sich betroffen, diese auch anzuhören und sich ein Meinungsbild dort zu verschaffen. Man habe dort auch die Möglichkeit, durch öffentliche Sitzung im Ortsrat die Bürgerschaft einzuladen. Das verstehe seine Fraktion als Bürgerbeteiligung. Auch, wenn man dann ein Votum erwartet, das nicht dem eigenen Antrag entspricht. Und wenn man sage, dass Merzig nur auf Holznutzung setze, sei man vielleicht auf dem Holzweg, wenn er die vielen Angebote sehe, die Merzig zu bieten habe. Ob die verschiedenen städtischen Flächen, die für Natur- und Artenschutz bereitgestellt werden. Man sei dort seiner Meinung nach auf einem guten Weg.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) betont, es sei grundsätzlich gut, wenn weiterhin darüber diskutiert werde. Es sei gut, wenn die CDU-Fraktion nicht immer gleich ablehne, was andere sagten. Dort, wo er wohne, habe sich vor 10 Jahren ein Kollegium Flechten gezogen. Er sei verwundert gewesen, dass er Altreifen nicht mehr entsorgen dürfe, die auf seinem Gelände liegen, da darauf 7 auf der roten Liste stehende Flechten wachsen. Man solle bei allen Hinweisen auf Artenvielfalt auch das Gesamtbild sehen.

#### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis alle betroffenen Ortsräte zu diesem Thema gehört wurden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	0	5

---

#### **10.4 "Fürsorge für den Stadtwald"; Antrag B90/Die Grünen vom 06.10.2020**

**2020/659**  
abgelehnt

Der Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion lautet: Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, 1. alle vom Borkenkäfer befallenen Bäume (Bäume mit Nadelverlust und/oder Ablösung der Rinde) nicht mehr zu nutzen und damit dem Handlungskonzept des Umweltministeriums zu folgen sowie 2. alternativ für den Stadtwald eine neue waldempathischere Zuständigkeit zu suchen.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt den Antrag: „Die Borkenkäferschäden sind Folge dieses Klimawandels und zugleich Ergebnis klassischer Forstwirtschaft. Die enormen Holz-mengen (Käferholz) haben dazu geführt, dass der Holzmarkt völlig überlastet ist und die Holzpreise derart im Sinkflug sind, dass diese oft (wenn überhaupt) nur noch die Aufarbei-tungskosten decken. Die Ernte des Borkenkäferholzes führt, wie an vielen Stellen im Stadt-wald sichtbar, zu dramatischen Schäden. Das Umweltministerium hat im Bericht der Saar-brücker Zeitung vom 28.09.2020 folgende Empfehlung im Umgang mit abgestorbenen Fich-ten gemacht: „Nicht gefällt werden nach Angaben des Umweltministeriums Fichten, die keine Nadeln mehr besitzen. Das gelte auch für Fichten, bei denen teilweise oder vollständig die Rinde abfällt. Unter solchen Voraussetzungen falle eine „erneute Eiablage der Borkenkäfer bei solchen Bäumen weg“, erklärt das Umweltministerium. So seien in diesem Stadium die Borkenkäfer nicht mehr „bruttauglich“.

Ein weiterer Grund, dass die Fichten stehen blieben, sei, dass sie „als Biotopenholz eine wichtige Aufgabe im Waldökosystem für die kommende Waldgeneration erfüllen können“. Ungenutzte Borkenkäferflächen zeigen überall hervorragende Ergebnisse, ganz kostenlos



und ohne die bekannten Schäden aus der forstwirtschaftlichen Nutzung, und deshalb ist die Handlungsanweisung des Umweltministers völlig korrekt. Einer Rechtfertigung, in Waldbereichen Bäume aus Gründen der Verkehrssicherung auch an ausgewiesenen Wanderwegen zu fällen, hat die Verwaltung selbst eine Absage erteilt. Mit Schreiben vom 19.04.2018 schreibt mir der Bürgermeister - es ging um die toten Fichten am Wanderweg zwischen Wolfspark und Biereiche - Folgendes, ich zitiere: „Nach derzeitiger Rechtslage gibt es auch keine Veranlassung, wegen Verkehrssicherungspflicht die Bäume zu fällen“. Das ist korrekt und entspricht der Rechtslage und der Empfehlung des Landes an die Kommunen. Es ist aber zugleich auch interessant, wenn man sich anschaut, was kürzlich dort gemacht wurde. Es sieht aus, als sei ein Tornado-Kampfflugzeug dort abgestürzt. So sieht es auch auf dem Gipsberg, dem Bietzer Wald und andernorts aus. Die Bäume wurden rücksichtslos gefällt und der vorhandene, neue Jungwald größtenteils zerstört. Meine Damen und Herren, Bäume sind weder aggressiv, noch angriffslustig und stürzen sich nicht auf Waldbesucher. Mir ist bundesweit kein einziger Fall bekannt, wo ein Waldbesucher durch einen umfallenden, abgestorbenen Baum zu Schaden gekommen ist. Sehr wohl aber viele, die durch lebendige Bäume zu Schaden kamen. Das hat mit Physik zu tun, und das erkläre ich bei Bedarf an anderer Stelle. Wir beantragen deshalb, dass das Handlungskonzept des Umweltministeriums umgesetzt wird und alle vom Borkenkäfer befallenen Bäume (Bäume mit Nadelverlust und/oder Ablösung der Rinde) nicht mehr genutzt werden. Sollte es mit dieser Praxis der allseits sichtbaren Schäden am Wald, an den Wald- und Wanderwegen, der Erholungsinfrastruktur so weitergehen, wollen wir, dass alternativ für den Stadtwald eine neue Zuständigkeit gesucht wird, die sich dem Schutz unseres Bürgerwaldes verpflichtet. Wir bitten um Einzelabstimmung.“

Der Vorsitzende erklärt zum Antrag selbst, dieser sei in leicht veränderter Form bereits Bestandteil einer Sitzung gewesen, im Februar 2020. Damals sei der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Revierförster Brill erläutert bezogen auf die Darstellung von Stadtratsmitglied Borger (Grüne), die Wahrheit liege wohl irgendwo in der Mitte. Das, was Herr Borger bezüglich der rechtlichen Lage der Verkehrssicherungspflicht ausgeführt habe, stimme in weiten Teilen. Es sei eine Rechtsprechung, die relativ neu sei, die diejenigen, die für den Wald zuständig seien, sehr entlaste. Da man nicht mehr Gefahr laufe, wegen eines abgebrochenen Astes oder ähnlichem zur Rechenschaft gezogen zu werden. Was Herr Borger nicht erwähnt habe, sei, dass durch klimabedingte Veränderung flächige Absterbeprozesse in dieses Thema mitaufgenommen worden seien. Aber, dass es einen Passus gebe, der von so genannten Megagefahren spreche. Eine Megagefahr sei so definiert, wenn eine Gefährdung für den Waldbesucher absehbar ist. Er wolle bei der Referenzfläche bleiben, zwischen Schützenhaus und Biereiche. Dort werde genau die Vorgehensweise praktiziert, die Stadtratsmitglied Borger fordere. Man habe die Bäume stehen lassen, weil es eine Referenzfläche sei. Man hätte aber zur Sicherheit der Waldbesucher dort sehr regelmäßig Kontrollen durchgeführt. Im letzten September sei es drei bis vier Jahre nach dem Erstbefall dazu gekommen, dass vom Borkenkäfer abgetötete Bäume auf natürlichem Wege umgestürzt seien, Richtung Waldweg. Das sei für sie dann das Signal gewesen, im Fallbereich des Weges Bäume, die gefährlich sind, zu fällen. Man könne sich gerne, wie von Herrn Borger vorgeschlagen, die Fläche ansehen. Dann werde man feststellen, dass es natürlich zu Schäden gekommen sei. Diese wären aber auch entstanden, wenn die Bäume auf natürlichem Wege umgefallen wären. Sie wären wahrscheinlich größer gewesen, da die Mitarbeiter natürlich versucht hätten, die Umgebung zu schonen. Das mache ein Baum, der spontan fiele, nicht. Außerdem werde man erkennen können, dass man wirklich nur die Bäume weggenommen habe, die im Fallbereich der Wege stehen. Die Bäume, die weiter hinten stünden, seien stehen geblieben – Referenzfläche. Aber auch im bewirtschafteten Raum lasse man Borkenkäferanfänge, die man zu spät entdeckt habe, oder die man aus organisatorischen Gründen nicht rechtzeitig aufarbeiten konnte, stehen, so sie keine Gefährdung für Waldbesuchende seien. Das könne man im gesamten Stadtgebiet sehen. Dort, wo eine Gefährdung absehbar sei, mache es aus seiner Sicht keinen Sinn, die Bäume 2 bis 3 Jahre stehen zu lassen. Das Holz entwerte sich voll-

kommen, und dann fälle man es. In diesen Fällen, es sei der Gipsberg genannt worden, habe man Bäume, deren Zustand den Anwesenden nicht gefallen hätte, auch aufgearbeitet. Lieber wäre es ihm gewesen, man hätte die Bäume dort früher aufarbeiten können. Wer dort spazieren gewesen sei, hätte gesehen, dass diese bereits im August markiert gewesen wären. Aber man könne die Welt auch nicht in eine andere Richtung drehen. Man hätte durch Corona und Urlaub Ausfälle gehabt. Im August seien die Werke geschlossen gewesen, die das Holz abnehmen sollten. Dadurch sei eine frühere Aufarbeitung nicht möglich. Man habe es bisher im Stadtwald Merzig immer sehr zeitig geschafft, das Borkenkäferholz aufzuarbeiten. Man habe im Gegensatz zu den Nachbarn, Teile des Holzes einfach stehen oder liegen lassen im Frühjahr und Einzelbäume aufgearbeitet, die vom Borkenkäfer befallen gewesen seien. Man habe bisher unterdurchschnittlich wenig Borkenkäferbefall im Stadtwald Merzig. Wenn man sich umliegende Wälder anschauere, würde man feststellen, dass dort noch ganz andere Bilder zu sehen seien, als im Stadtwald. Man habe dieses Jahr im ersten Jahr des Borkenkäferbefalls den Anfall an Borkenkäferholz, der ungefähr im Bereich dessen liegt, was man in einem normalen Jahr einschlagen würde. Bisher wäre man immer bei einem Drittel gewesen. Das hänge unter anderem mit der verheerenden Klimalage der letzten drei Jahre zusammen, aber auch daran, dass um den Stadtwald herum der Borkenkäfer nicht überall sorgfältig aufgearbeitet worden sei. Man könne auch schauen und an vielen Stellen sehen, woher der Befall gekommen sei, teilweise aus dem Privatwald und aus dem Staatswald. Dies solle kein Vorwurf an die Betreffenden sein. Diese hätten auch Engpässe bei Verfügbarkeit von Technik und Personal. Man selbst sei bemüht, den Borkenkäfer frühzeitig zu erkennen, einmal, um das Holz möglichst hochwertig verwerten zu können. Und zum anderen, um einen weiteren Schaden vom Wald abzuhalten.

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) betont: „Die Fraktion der Grünen nimmt in diesem Antrag erneut Bezug auf das Problem der Schäden durch den Borkenkäfer. Im Februar wurde dazu von unserer Fraktion umfassend Stellung genommen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Damals, wie heute gilt: Für manche befallenen Bäume ist es ökonomisch und ökologisch sinnvoll, sie zu ernten. Für andere gilt das nicht. Wir legen die Entscheidung darüber in die Hände unserer Förster. Unser Stadtwald ist ein vorbildliches Zeugnis für ihre Kompetenz.“

Fraktionssprecher Borger (Grüne) merkt an, dass es stimme, dass der Antrag, wie vom Vorsitzenden behauptet, bereits im Februar behandelt worden sei. Er habe sich jetzt darauf berufen, was der Umweltminister vor vier Wochen als Maßgabe ins Land gestreut habe: Lasst die Bäume stehen. Er wundere sich immer mehr, warum der Umweltminister so wenig Rückhalt in der Fraktion vor Ort habe. Das von Herrn Brill als relativ neu angesprochene Grundsatzurteil sei aus dem Jahr 2012. Unter neu verstehe er etwas anderes. Es gebe Megagefahren, die diese Ausnahmen setzten, dies sei ja auch im Grundsatzurteil genannt. Das seien Ereignisse nach Stürmen oder Windwürfen. Wenn Stämme über die Wege fallen, das seien Megagefahren. Das natürliche Absterben von Bäumen oder Baumteilen sei ausdrücklich in dem Grundsatzurteil aus der Verkehrssicherungspflicht genommen. Jeder, der mal im Nationalpark bayrischer Wald sei, sehe, dass es nicht so sei, dass die Bäume plötzlich sterben und umfallen. So ein toter Baum brauche manchmal 20, 25 Jahre, bis er umfalle. Herr Weiten hätte es gesagt, Bäume würden meist aufrecht sterben, also von oben nach unten. Sie machten zudem den Jungwald nicht kaputt. Das sehe man jetzt, es führen Heerscharen von Forstwissenschaftlern in den Nationalpark bayrischer Wald, wo riesige Borkenkäferflächen gewesen seien und jetzt ein ganz toller Wald stehe. Dort seien die Borkenkäferbäume auf 5.000 bis 6.000 Metern stehen geblieben. Vieles höre sich in der Theorie vielleicht plausibel an, in der Natur sei es das aber nicht.

Ressortleiter Gasper weist auf die Definition von Megagefahren vom 17.11.2019 durch den Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen hin, der sich auch mit dem Thema Verkehrssicherung bei Waldbäumen beschäftigt habe: „Eine Megagefahr ist eine Gefahr, die für jedermann erkennbar ist, und die ohne jeglichen Zweifel in allernächster Zeit in einen schweren Schaden umschlagen kann. Das Gefahrenbild unterscheidet sich deutlich von den übrigen Gefahrenbildern im Wald. Es bestehen erhebliche Körperverletzungen, da ein Baum

oder ein Ast mehrere Personen schwer verletzen oder töten kann. Dies wird angenommen bei Megagefahren auf Waldwegen, auf denen relevanter Wanderungsverkehr stattfindet. Die Verkehrssicherungspflicht entsteht mit Kenntnisnahme der Gefahr.“

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) führt aus, sie habe sich jetzt drei Punkte angehört. Jetzt sei Schluss. Sie verbitte sich für die SPD-Fraktion, diese Unterstellungen, dass sie nicht gut mit dem Umweltminister zusammenarbeite, das sei völliger Unsinn. Sie habe eine sehr gute Beziehung zu ihrem Freund Reinhold, dem Umweltminister, der die Fraktion immer gut berate und dort ein immer gern gesehener Gast sei. Er werde auch bald wieder Gast sein. Deshalb wolle sie diese Unterstellung klarstellen und sich verbitten.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt in Bezug auf seine Vorrednerin, dass er dies toll finde und hoffe, dass Stadtratsmitglied Holzner (SPD) Herrn Jost viel aus der Stadtratssitzung mitnehmen werde. Dann sei man in der gleichen Richtung. Dieser sei weiter, als viele hier vor Ort. An Herrn Brill bzw. die Verwaltung richte er die Frage nach der Verkehrssicherheit. Das seien vermutlich meist Fichten, die betroffen seien. Diese wüchsen ziemlich gerade. Die Gefahr des Fallens sei in allen Richtungen gegeben. Die Fichte sei 25m hoch oder noch höher. Das heiße, man müsse eigentlich jeden Baum, den man so einschätze, meistens subjektiv, dass er fallen könnte, egal in welche Richtung, rechts und links von jedem Wanderweg 30 Meter wegschlagen. Damit die Gefahr nicht mehr bestehe. Das hätte man im Mühlental auch machen müssen. Als man durchgegangen sei, subjektiv sei die Hälfte der Bäume so gewachsen, dass eine Gefahr für die Wanderer bestehe. Das wäre eine Alternative, wenn man so vorgehen würde, dass man den Mühlenwald komplett abholzen würde.

Der Vorsitzende erwidert, das sei wieder eine andere Situation im Mühlental gewesen, wie alle wüssten.

Ressortleiter Gasper erklärt, im Mühlental seien die Bäume gefällt worden, die von einem öffentlich bestellten Gutachter im Vorfeld als gefährlich beurteilt worden seien. Diese Bäume seien auch explizit von ihm ausgezeichnet worden.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) führt aus, er habe in der letzten Sitzung des Bauausschusses erklärt, wenn man heute an der Saar entlang gehe, sei es rechts oder links, da stehe ein ganz einfaches Schild: Vorsicht Astbruchgefahr. Begehen auf eigene Gefahr. Für Moped usw. verboten. Das sei eine Regelung, die gelte für die rechte und linke Seite an der Saarschleife. Dieses Schild habe eine Bundesbehörde, das damalige Wasser- und Schifffahrtsamt, dort aufgestellt. Jeder, der dort vorbeigehe sei nicht vor Steinen geschützt, die fielen über den Zaun, was er beweisen könne. Die Bäume fielen auch auf den Weg, wenn sie umfielen. Bisher sei aber noch keiner umgefallen. Deshalb habe Herr Gasper gesagt, das gelte nicht nur für diese Sache, da wären Fichten auf der Seite, die die Kormorane verkotet hätten. Es sei richtig, dass man diese weggemacht habe. Aber nur wegen der Verkotung der Fußgänger bzw. der Wanderer, die darunter durch gegangen seien. Das sei der einzige Grund gewesen, weshalb man die trockenen Fichten und Tannen dort entfernt hätte.

Ressortleiter Gasper antwortet hierauf, wenn man auf der Innenseite von Mettlach bis zum Aufgang zur Burg Montclair gehe, sehe man, dass der Grundstückseigentümer dort auch bei der Eiche Verkehrssicherungsmaßnahmen trotz des bestehenden Schildes durchgeführt habe.

Stadtratsmitglied Boos (CDU) betont, seit einiger Zeit bescherten Anträge der Grünen sowohl der Verwaltung, als auch den Ratsmitgliedern viele zusätzliche Stunden. Falls dann die Flut der Anträge aufgrund von mangelnden Ideen ausbliebe, so würden Anfragen bzw. Detailanfragen an die Verwaltung gestellt. Wenn dann der Arbeitsaufwand noch nicht hoch genug sein sollte, werde dann, nicht sonderlich erfolgreich, die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Wenn dann immer noch nicht genügend Wirbel entstanden sei, so werde eine Bürgerinitiative vorgeschickt. Diese solle dann das Thema trotz Ablehnung weiterhin in allen demo-

kratischen Prozessen auf dem Tableau halten. Das solle man nicht falsch verstehen, er halte viel von Bürgerbeteiligung, vom gemeinsamen Miteinander und noch mehr von gemeinsamen Entscheidungen. Er halte aber nichts von Hass, von Handeln, das von Verbitterung zeuge, von Verhalten, das nicht nachvollziehbar nur auf Blockade oder Nadelstiche ausgelegt sei. Man wisse ja, dass in vielen Teilen der Erde Populismus wieder ein Vogue sei. Aber, was im Merziger Stadtrat von einer angeblich links angehauchten Öko-Partei komme, sei für ihn doch sehr verwunderlich. Gerade, weil die Vergangenheit gezeigt habe, dass in Deutschland und im Saarland und auch in Merzig Parteien, die sich am rechten oder linken Rand bewegten, halbwegs ordentlich miteinander arbeiten könnten. Hier sollte es um Sacharbeit im Sinne der Merziger Bürgerinnen und Bürger gehen. Trotz seiner Verärgerung reiche er auch Herrn Borger die Hand und lade dazu ein, zur Sacharbeit zurückzukehren, gemeinsam mit alle Ratsmitgliedern, außer den niemals anwesenden AfD-Mitgliedern, an einem Strang zu ziehen. An einem Strang für Merzig.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird (jeweils in Einzelabstimmung über die beiden Punkte) abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	23	1

---

## **10.5 Umsetzung der Maßnahmen aus den Aufgabenbereichen der Organisationsuntersuchung Forst**

**2020/658**  
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erklärt, auch hierüber sei vorhin schon mehrfach gesprochen worden. Eine Arbeitsgruppe habe sich in sehr vielen Terminen intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und gemeinsam ein Leitbild erarbeitet. Er danke allen, die an den Sitzungen teilgenommen und mitgewirkt haben bei der Erstellung des Papiers, das Grundlage für die zukünftige Arbeit im städtischen Wald sein solle.

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) dankt denjenigen, die in dieser Arbeitsgruppe mitgewirkt haben. Allerdings, das sei auch schon gesagt worden, wer sich der verantwortungsvollen Mitarbeit verweigere, müsse auch mit den notwendigen Entscheidungen leben. Er wolle den Dank an die Oppositionspartei richtigen, die konstruktiv mitgearbeitet habe. Man habe, wie in anderen Arbeitsgruppen, sehr gute und einstimmige Ergebnisse erzielt. Er bitte, dies an die entsprechenden Mitglieder weiterzugeben. Er wolle auch den Bediensteten des Forstamtes, die mit Rat und Tat den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zur Seite gestanden hätten, danken. Es sei richtig und wichtig, dass man das Forstgutachten nicht eins zu eins übernehme, sondern konstruktiv diskutiere sowie verschiedene Erfahrungen und Ideen einfließen lasse. Das Forstgutachten habe gesagt, man solle Beschwerden erst einmal ein Jahr liegen lassen. Das sei in der Fraktion auf keine positive Resonanz gestoßen. Es sei wichtig, wenn man mit kommunalen Waldflächen umgehe, dass man, wenn dort Beschwerden, Sorgen, Nöte berechtigt oder unberechtigt wären, sofort darauf eingehe. Das habe die Verwaltung auch so gesehen. Daher gehe man den alten und bisher bewährten Weg weiter. Man wolle mit vielen zukunftsfähigen Beschlüssen diesen Umbau, das bezweifle heute niemand mehr, in einen zukunftsorientierten und klimaverträglichen Bürgerwald schaffen – mit diesen vielen Maßnahmen. Man wolle aber auch, und darauf habe die Stadt in ihrem Mitteilungsblatt Neues aus Merzig in den letzten Wochen und Monaten hingewiesen, die Dinge auch an die Bevölkerung bringen. Viele Informationen lese man jetzt in Neues aus Merzig. Das bringe viel, wenn man solche Dinge permanent den Bürgerinnen und Bürgern näher bringe. Negative

Dinge, die er in den vergangenen Jahren für die Fraktion festgestellt habe, wofür die Stadtverwaltung aber nichts könne, sind die Polter, die teilweise über Jahre in den Flächen des Waldes lägen. Das habe er auch früher öfter angesprochen. Er kenne die Zwangsmaßnahmen, wenn einer denke, das sei billiger Lagerplatz für holzabnehmende Firmen. Man habe da ein gutes Konzept gefunden, in dem man sage, man wolle Poltermieten haben, wenn eine gewisse Lagerungszeit überschritten sei. So könne man für einen Wald sorgen, in dem nachwachsende Rohstoffe nicht herumliegen, sondern aus dem Wald herausgenommen würden. Der Bereich Arbeitsschutz sei bereits angesprochen worden. Man wolle gute, neu entwickelte Techniken anwenden, da, wo es notwendig sei, wo der Mensch ansonsten Leib und Leben gefährden könnte. Wenn ein Mikadofeld durch einen Sturm entstanden sei, mache es keinen Sinn, dort motormaschinell heranzugehen. Man habe heutzutage moderne Arbeitsmittel. Ein Schreckgespenst, das durch das eine oder andere Ratsmitglied durch die Wälder getrieben werde, gäbe es nicht. Wenn man verantwortungsvoll damit umgehe, könne man diese nutzen. Man habe auch Richtlinien eingesetzt, dass dies nicht zum Dauereinsatz komme, sondern nur dort, wo es nötig ist. Ökologie stehe nach wie vor auf dem Tableau. Das werde auch durch die verschiedenen Maßnahmen, die man bereits beschlossen und in der Arbeitsgruppe entwickelt habe, zum Ausdruck gebracht. Man werde seiner Verantwortung gerecht, indem man auch Flächen für die Entwicklung der Natur bereitstelle.

Er habe ja auch schon Trittholzbiotope angesprochen, er habe da gute Erfahrungen mit gemacht und dankt Herrn Gasper, dass er diese Erfahrungen unterstützt habe mit fachlichen Dingen. Man habe auch in der Arbeitsgruppe festgelegt, dass man die Zertifizierung, also eine naturnahe Waldbewirtschaftung, hier nach wie vor wolle. Das heiße, rundherum brauche man sich nach keinem Waldkodex zu orientieren. Man brauche sich nicht auf andere Dinge zu konzentrieren, wenn man selbst gute Arbeit in Merzig leiste, was man gemeinsam mit dem Forst und den anwesenden Parteien entwickelt habe.

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) erklärt, hier gehe es um einen Beschluss von Leitlinien. Was den Förstern erleichtert, den Wald nachhaltig und naturnah zu bewirtschaften. Es gehe um Wirtschaftlichkeit, und es solle sorgsam mit dem Geld der Bürger umgegangen werden. Es ginge aber auch darum, den Wald in all seinen Aufgaben zu erhalten und ihm die Chance zu geben, sich an die veränderten klimatischen Bedingungen im Laufe der nächsten Jahre anzupassen. Jede Entscheidung bedürfe einer grundlegenden Abwägung. Keiner wisse wirklich, wie sich das Klima in den nächsten Dekaden verändere. Was alles auf den Wald zukomme. Man trage gemeinsam als Stadtverordnete die Verantwortung für dieses Leitbild. Deshalb treffe man sich regelmäßig in der Arbeitsgemeinschaft Forst. Um mit Fachleuten die notwendigen Veränderungen zu beraten. Er wolle sich bei der Verwaltung und dem Forst für die kompetente Hilfe bei diesen Beratungen bedanken.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) richtet sich an Herrn Gasper mit der Aussage, man lebe im Saarland, nicht in einer Armee. Das sei eine verwaltungsinterne Anweisung, die nicht dem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes entspreche. Das andere sei eine Anleitung für Gemeinden vom Saarland, wie man mit kranken Bäumen an Wanderwegen umgehe. Genau so, wie es die Grünen-Fraktion beantragt habe. Die Grünen-Fraktion habe intensiv in der AG Forst – man wolle ja eine AG Wald – mitgearbeitet. Jeder, der anderes behauptete, verbreite Fake News. Man habe auf Wunsch der Verwaltung umfangreiche Vorlagen gefertigt, so z.B. am 22.11.2015 den ersten Entwurf eines Leitbildes für den Merziger Wald. Ebenso am 21.01.2016 eine überarbeitete Version für das Leitbild Wald. Danach habe die Arbeit der AG geruht bis auf weiteres. Wer sage, die AG tage regelmäßig, da müsse man fragen: Was ist regelmäßig? Sie tage 1-2 Mal im Jahr vielleicht. Dann sei dieses Forstgutachten vorgelegt worden und uni sono seien die Vorschläge der Grünen-Fraktion als Quatsch von der politischen Mehrheit vom Tisch gefegt worden. Dies alles sei geschehen und geschehe nach wie vor immer bei ähnlichen Dingen, schön in nicht-öffentlichen Sitzungen. Und dann würde man im Stadtrat anderes behaupten, das finde er schon sehr unverschämt. Nachdem sich CDU und SPD auf das „Schlechtachten“ festgelegt hätten, wäre es für die Grünen-Fraktion Zeit gewesen, auszusteigen. Denn man wolle nicht an etwas mitwirken, was dem kranken Wald noch mehr schade. Das Schriftstück, die Verwaltung nenne es Gutachten, für einen verant-

wortlichen Umgang mit dem kranken Wald zugrunde zu legen, sei völlig absurd. Die Merziger Gutachten seien ja hinlänglich berühmt und berüchtigt. Der rote Faden dieses Holzhackergutachtens sehe so aus, er zitiere: „Beschwerden, die bei der Verwaltung eingehen, sollen nach Eingang der Beschwerde für ein Jahr ruhen bleiben und erst dann bearbeitet werden.“ Dieses Schriftstück sei einzig und allein darauf ausgelegt gewesen, Forstwirtschaft möglichst intensiv unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu betreiben. Mehr müsse man nicht sagen. Gäbe es keine Opposition im Rat, kein NABU mit waldbaulichem Sachverstand, ein Stadtförster sei ja Mitglied im Vorstand und berate den NABU, gäbe es keine Bürgerinitiativen, die im Übrigen jedem offen stünden, - an Herrn Boos gerichtet: Man könne nicht die Bürgerinitiativen loben und dann niemals bei der Sitzung dabei sein, er sei doch Ortsvorsteher – wäre dieser Vorschlag von ganz besonderer Qualität sicher schon umgesetzt worden. Noch etwas sei interessant: In der kurzen Verwaltungsvorlage werde 48 Mal das Ziel Forst genannt. Dass ein Forst eine auf Holzertrag ausgerichtete Ansammlung von sägewerkstauglichen Bäumen und damit alles andere als ein Wald ist, setze er als bekannt voraus. Es stimme, man wolle dem Stadtforst mit noch größerer Technik zu Leibe rücken. Die Stadtverwaltung wolle dies damit versüßen, indem sie anmerkt, dass diese Ungetüme im Vergleich zu 1995 weiterentwickelt worden seien. Man habe die bereits überall sichtbaren Schäden am Wald, an den Waldböden und Wanderwegen. Die Grünen-Fraktion sei den Schäden satt. Man wolle nicht das Leitbild Truppenübungsplatz. Man wolle einen Wald, der so genutzt werde, dass man dem Wald den Nutzen nicht ansehe. Das könne man auch überall sehen, wie man das mache. Es stimme, die Technik habe sich weiterentwickelt. Die Fahrerkabinen seien heute klimatisiert, hätten ein modernes Unterhaltungsequipment, die Maschinen seien zig Tonnen schwerer – die neuen Maschinen seien über 40 Tonnen schwer -, verbrauchten immense Mengen an Treib- und Schmierstoffen, schlugen enorm breite Fahrspuren in den Wald und zerstörten alles, worüber sie fahren. Aus den genannten Gründen müsse die Grünen-Fraktion den Antrag der GroKo und die Vorlage der Verwaltung natürlich ablehnen. Da man den Bürgerwald schützen und nicht auf Gedeih und Verderb ausnutzen wolle. Man wolle Wald und keinen Forst.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es absolut richtig sei, dass die Grünen-Fraktion Vorschläge gemacht habe, die beraten werden sollten. Genauso richtig sei aber, dass, als es die Möglichkeit gab, darüber zu reden, die Grünen-Fraktion nicht in der Arbeitsgruppe anwesend gewesen wäre. Es stimme auch, dass in der AG nicht-öffentlich beraten worden sei. Aber, dass auch öffentlich darüber diskutiert werde, zeige ja der heutige Abend. Man sei in einer öffentlichen Sitzung. Auch die Ergebnisse, die die Arbeitsgruppe erarbeitet habe, lägen öffentlich vor und könnten von Jedermann eingesehen werden.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt den ausgearbeiteten Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft „Leitbild für den Forst“, die sich aus dem Maßnahmenplan des Gutachtens ergeben haben, zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	3	1

Der Vorsitzende weist auf die Regelung in der Geschäftsordnung hin, dass nach drei Stunden eine Sitzung beendet werden sollte (§ 6 Abs. 4). Vor diesem Hintergrund lässt er darüber abstimmen, wer für die Fortsetzung der Sitzung ist. Der Stadtrat stimmt mit vier Ja- und 23 Nein-Stimmen gegen die Fortsetzung der Sitzung. Die ausstehenden Tagesordnungspunkte werden auf einen anderen Termin vertagt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

